



Zukunftsrat **Hamburg**



HEINZ *2006*

Hamburger
Entwicklungs-
INDikatoren
Zukunftsfähigkeit

30 NACHHALTIGKEITZIELE | 32 INDIKATOREN | 32 ZIELWERTE FÜR 2020

*»Ohne den Kompass Nachhaltigkeit ist es schwer, den Mut zur Veränderung zu machen.
Positiv ausgedrückt: Mit Nachhaltigkeit lässt sich Zukunft als Hoffnung, Sicherheit,
Sinn für das Ganze und Verantwortung buchstabieren.«*

Dr. Volker Hauff, Vorsitzender des Rates für Nachhaltige Entwicklung



Zukunftsrat Hamburg

Mittelweg 11-12, 20148 Hamburg
Tel.: 040 / 39109731
Fax: 040 / 3910935
E-Mail: zukunftsrat-hamburg@t-online.de
www.zukunftsrat.de

Mitglieder der Arbeitsgruppe:

Birgit Brink
Herbert Brüning
Ekkehard Gomm
Dr. Jochen Menzel
Dr. Gesine Ohrt
Claudia Takla-Zehrfeld

Hamburg, November 2006

INHALTSVERZEICHNIS

| | | |
|-----------|---|-----------|
| 1. | NACHHALTIGKEIT MESSEN: ZIELE, INDIKATOREN, STATISTIKEN | 2 |
| 1.1 | NACHHALTIGKEITSZIELE UND DAS DREI-SÄULEN-MODELL | 2 |
| 1.2 | INDIKATOREN ALS MESSLATTEN FÜR DIE ZIELERREICHUNG | 4 |
| 1.3 | AUFBEREITUNG DES STATISTISCHEN MATERIALS | 5 |
| | | |
| 2. | HEINZ, DAS MONITORING DER »WACHSENDEN STADT« UND DIE INDIKATOREN DER BEHÖRDE FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT | 5 |
| | | |
| 3. | ZIELWERTE UND ETAPPENZIELE | 6 |
| | | |
| 4. | NACHHALTIGKEITSDIMENSIONEN ÜBERSICHT | 8 |
| | NACHHALTIGKEITSZIELE / WIRTSCHAFT HEINZ 1 – HEINZ 10 | 10-27 |
| | NACHHALTIGKEITSZIELE / UMWELT HEINZ 11 – HEINZ 20 | 28-45 |
| | NACHHALTIGKEITSZIELE / SOZIALES HEINZ 21 – HEINZ 30 | 46-63 |
| | MITTEL ZUR ERREICHUNG VON NACHHALTIGKEITSZIELEN HEINZ 31 | 64 |
| | | |
| 5. | SCHLUSSFOLGERUNGEN | 66 |
| | | |
| 6. | DIE NACHHALTIGKEITS-AMPEL | 68 |

HEINZ 2006

Hamburger Entwicklungs- Indikatoren Zukunftsfähigkeit

1. NACHHALTIGKEIT MESSEN: ZIELE, INDIKATOREN, STATISTIKEN

1992 beschloss die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro ein Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert: die Agenda 21. Seitdem ist »Nachhaltigkeit« oder »Zukunftsfähigkeit«, »Zukunftsbständigkeit« (engl.: sustainability) das einzige weltweit anerkannte Leitbild zur Erhaltung unserer Erde für die nachfolgenden Generationen. »Nachhaltigkeit ist der Kompass, den wir alle brauchen, wenn wir uns an die Veränderungen auf sozialem, ökonomischem und ökologischem Gebiet machen wollen« (Volker Hauff). Auf allen politischen Ebenen – von der UN über die EU und die Bundesregierung bis zu den Kommunen – wurden Strategien für eine nachhaltige Entwicklung entworfen. Dazu gehört auch, dass die Fortschritte einer nachhaltigen Entwicklung beobachtet und gemessen werden: mit Nachhaltigkeitsindikatoren.

Indikatoren messen, ob gesetzte Ziele erreicht oder verfehlt wurden. Welche Ziele dies sind, hängt von der Definition des Nachhaltigkeitsbegriffs ab. Ein einheitliches Verständnis gibt es (noch) nicht. Zu groß sind weltweit die Unterschiede der Lebensverhältnisse und der entsprechenden politischen Prioritäten, zu verschieden aber auch die wissenschaftlichen Nachhaltigkeitskonzepte.

1.1 NACHHALTIGKEITSZIELE UND DAS DREI-SÄULEN-MODELL

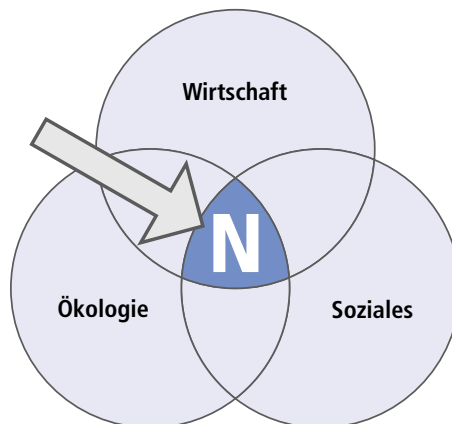
In Deutschland hat sich in der Nachhaltigkeitsdebatte weitgehend das sogenannte »Drei-Säulen-Modell« durchgesetzt: Danach ist Nachhaltigkeit die globale und langfristige Balance zwischen wirtschaftlicher Stabilität, ökologischer Tragfähigkeit und sozialem Wohlergehen. Jede dieser drei Säulen setzt sich aus vielen Segmenten / Themenfeldern zusammen, die sich je nach politischer Ebene – national, regional oder kommunal – unterscheiden.

Die Agenda 21 legt überdies großen Wert auf die Partizipation der gesellschaftlichen Gruppen, um das Ziel Nachhaltigkeit zu erreichen. Deshalb findet sich der institutionelle Aspekt der Öffentlichkeitsbeteiligung in einigen Indikatorenkatalogen, auch wenn die Beteiligung nur (unverzichtbares) Mittel zum Zweck ist.

Neben dem Drei-Säulen-Modell gibt es mehrere andere Nachhaltigkeitskonzepte. Einige betrachten die Belange der Wirtschaft als vorrangig, weil nur sie die Finanzmittel für soziale und ökologische Anliegen bereit stellen könne. Bei anderen werden die Umweltbelange als vorrangig behandelt, weil auch Wirtschaft und Soziales vom Bestand der natürlichen Ressourcen abhängen. Während – besonders in den Industrieländern – vor allem Gerechtigkeit zwischen der heutigen Generation und zukünftigen Generationen gefordert wird, betonen andere – besonders aus der entwicklungspolitischen Perspektive – den Ausgleich zwischen Armen und Reichen innerhalb der heutigen Generationen. Schließlich stehen ökonomische Modelle einer »schwachen« Nachhaltigkeit – jegliches Naturkapital lasse sich durch menschengemachtes Kapital ersetzen – der Vorstellung einer »starken« Nachhaltigkeit gegenüber, die eine Substitution aller Funktionen des Naturkapitals als unmöglich und unangemessen ablehnt.

Das Drei-Säulen-Modell zeichnet sich dagegen durch die angestrebte langfristige Balance zwischen den drei Handlungsfeldern bzw. Dimensionen von Nachhaltigkeit – Umwelt, Soziales und Wirtschaft – aus. Kein Bereich darf gegen den anderen ausgespielt werden. Das Drei-Säulen-Modell ist der in Deutschland am weitesten verbreitete Ansatz zur Veranschaulichung von Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit ist in der Grafik also nur der Überschneidungsbereich aller drei Dimensionen. Die gemeinsame, gleichberechtigte Verfolgung ökologischer, sozialer und ökonomischer Ziele ist der neue Ansatz der AGENDA 21.

In einer unverändert stark von Wirtschaftsinteressen beeinflussten Gesellschaft erfordert Nachhaltigkeit also ein Umdenken. Klaus Töpfer benutzt daher seit Jahren eine stark ökonomische Wortwahl, um sich bei den maßgeblichen Entscheidungsträgern verständlich zu machen: »Wir müssen berücksichtigen, dass wir für wirtschaftliche Tätigkeit Finanzkapital brauchen, Humankapital und Umweltkapital. Und deswegen werde ich nicht müde, auf die Frage hinzuweisen, ob wir jeweils in die drei Kapitalbereiche reinvestieren, was wir genutzt haben?« Und er weist darauf hin, dass wir vielfach vom Kapitalstock leben. Nachhaltigkeit stellt also einen komplexen Ansatz dar, was das Umdenken und eine Umsetzung in der Praxis erschwert.



Der Zukunftsrat Hamburg hat der angestrebten Balance zwischen den Nachhaltigkeitssäulen dadurch Ausdruck gegeben, dass jede der 3 inhaltlichen Dimensionen gleichermaßen durch 10 Nachhaltigkeitsziele konkretisiert wird, die gleichberechtigt nebeneinander stehen und in ihrer Gesamtschau Nachhaltigkeit abbilden sollen. Hinzu kommt die institutionelle Dimension »Beteiligung«. Vorbilder und Legitimationsquelle für diese Festlegungen bildeten verschiedene Ziel-, Themen- und Indikatorenkataloge, die die Arbeitsgruppe des Zukunftsrats im Hinblick auf ihre Eignung für Hamburg ausführlich diskutierte. Sie ist sich bewusst, dass die Auswahl subjektiv und diskussionsbedürftig bleibt.

Eine klare Abgrenzung der Dimensionen voneinander ist weder möglich noch erforderlich. Viele Nachhaltigkeitsziele betreffen nicht nur eine, sondern zwei oder drei Dimensionen, z.B. »nachhaltige Mobilität«. Diese »Mischziele« kommen sogar dem Ideal am nächsten, alle drei Nachhaltigkeitsdimensionen zusammen abzubilden. Sie wurden – aus systematischen Gründen – in einem ausgewogenen Verhältnis auf die drei Dimensionen verteilt. Zusammen sollen die Ziele nachhaltige Entwicklung bzw. ihre wichtigen Teile vollständig repräsentieren.

2005 unterzog die Arbeitsgruppe den Katalog der Nachhaltigkeitsteilziele noch einmal einer Revision. Es wurde gefragt, ob einzelne Teilziele möglicherweise anderen Teilzielen widersprechen (können) – direkt oder über die Maßnahmen, mit denen sie erreicht werden. Und wenn dies der Fall ist: Gibt es dann benennbare Bedingungen, bei denen ein solcher Widerspruch vermieden werden kann? Die Teilziele der drei inhaltlichen Dimensionen wurden auch auf ihre Richtungssicherheit in Bezug auf Nachhaltigkeit überprüft. So zeigte sich z.B., dass das wirtschaftliche Teilziel »Innovationsfähigkeit stärken« so allgemein keineswegs richtungssicher ist – es umfasst auch Forschungen und Erfindungen, die Umwelt zerstören oder soziale Probleme verschärfen – etwa aus wirtschaftlichen Interessen. Hier bedurfte es einer Präzisierung der Ziele, die wiederum die Suche nach geeigneten Indikatoren beeinflusste.

1.2 INDIKATOREN ALS MESSLATTEN FÜR DIE ZIELERREICHUNG

Für jedes Nachhaltigkeitsziel trug der Zukunftsrat Hamburg zunächst mehrere in der Literatur vorgeschlagene Indikatoren zusammen. Aus dieser Indikatorensammlung wählten im Mai 2002 ca. 40 Expertinnen und Experten aus Hamburger Behörden, Verbänden, aus Wissenschaft und Politik auf einer Fachtagung die meisten der vorliegenden Indikatoren aus. Die Zukunftsrats-Arbeitsgruppe hatte die Fachleute nach ihrer Kompetenz, Zuständigkeit und Erfahrung hinsichtlich der betroffenen Fachgebiete ausgesucht, ohne dabei irgendeinen Proporz einzuhalten.

Bei der Indikatorenauswahl berücksichtigten die Fachleute besonders, wofür in Hamburg statistische Daten verfügbar sind. Für einzelne Nachhaltigkeitsziele wurde mehr als ein Indikator ausgewählt, um Teilaspekte angemessen einbeziehen zu können. Dennoch ließen sich nicht immer Indikatoren finden, die das Nachhaltigkeitsziel insgesamt abdecken. Im Ergebnis wurden einige Indikatoren aus dem Katalog der Bundesregierung (Perspektiven für Deutschland, Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, 2002) übernommen.

2005 wurden die HEINZ-Indikatoren noch einmal hinsichtlich ihrer Aussagekraft, Genauigkeit und Richtungssicherheit überprüft – auch auf die Gefahr hin, im Interesse einer Präzisierung des Nach-

haltigkeitsbegriffs auf einzelne verzichten zu müssen, ohne einen Ersatz mit entsprechendem Datenmaterial zu finden. Im Ergebnis führte diese Ziele- und Indikatoren-Revision zu einer Reihe von Änderungen gegenüber HEINZ 2003.

1.3 AUFBEREITUNG DES STATISTISCHEN MATERIALS

Für die Datensammlung wurde zunächst der Zeitraum 1992-2002 – die 10 Jahre zwischen den UN-Nachhaltigkeits-Konferenzen von Rio und Johannesburg – ausgewählt und 2005 und 2006 für die Folgejahre so weit wie möglich ergänzt. Dabei beschränkte sich der Zukunftsrat ausschließlich auf die Daten für die Kernstadt, das Bundesland Hamburg. Dies mag bei einigen Nachhaltigkeitszielen anfechtbar sein, da als Bezugsregion die ganze Metropolregion sinnvoller gewesen wäre. Deren Abgrenzung und Datenverfügbarkeit hätten aber einen nicht leistbaren Aufwand erfordert und zu anderen Anfechtbarkeiten geführt.

Nicht immer waren vollständige Zeitreihen verfügbar. Insgesamt machte die Datensuche deutlich, dass »Nachhaltigkeit« nicht das Leitmotiv für die amtlichen Statistikerhebungen ist. Wo immer möglich, griff der Zukunftsrat auf die Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes bzw. des Statistikamts Nord (seit 2004) zurück, zuweilen auch auf die Daten erhebenden Stellen selbst.

2. HEINZ, DAS MONITORING DER »WACHSENDEN STADT« UND DIE INDIKATOREN DER BEHÖRDE FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT

Im Juli 2002 verabschiedete der Hamburger Senat sein neues »Leitbild: Metropole Hamburg – wachsende Stadt«, ein Jahr später folgte die Fortschreibung. Diese spricht verstärkt von Nachhaltigkeit. Erfolgskontrollen für die Umsetzung des Leitbildes waren nicht vorgesehen. Der Zukunftsrat Hamburg forderte sie in seinen Stellungnahmen ein.

2003 kamen auch die Bemühungen der Bundesländer – unter dem Vorsitz von Hamburg – zu einem Abschluss, im Auftrag der Umweltministerkonferenz einen bundeseinheitlichen Katalog von Umwelt-Indikatoren zu erarbeiten. Viele Indikatoren entsprechen denen von HEINZ in der ökologischen Dimension, gehen aber in Anzahl und »Tiefenschärfe« über HEINZ hinaus.

Anfang 2004 entschloss sich die Senatskanzlei, die Anregungen des Zukunftsrats Hamburg aufzugreifen und nun doch ein Monitoringsystem für die »wachsende Stadt« zu entwickeln. Der Hamburger Senat verabschiedete es im Oktober 2004 und beauftragte das Statistikamt Nord mit der Datenrecherche. Das System ist wie HEINZ in Ober-Ziele (HEINZ: Dimensionen), Unter-Ziele, Zielwerte und Indikatoren gegliedert. Während HEINZ als Nachhaltigkeits-Indikatorensystem von der Gleichstellung der Dimensionen Ökonomie, Umwelt und Soziales ausgeht, geht es bei dem Monitoringsystem für die Wachsende Stadt um die vier Bereiche »Überdurchschnittliches Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum«, »Erhöhung der Einwohnerzahl«, »Steigerung der internationalen Attraktivität und Ausbau der Metropolfunktion« und »Sicherung der Lebensqualität und der Zukunftsfähigkeit der Stadt«.

In diesem letzten Bereich finden sich umweltbezogene, soziale und wirtschaftsbezogene Unterziele mit jeweils mehreren Indikatoren. Die Spalte Zielwert bleibt in diesem Bereich ohne Angaben, das »jährliche Ziel« beschränkt sich auf Trendaussagen (»Erhöhung«, »Senkung« usw.). Die insgesamt 14 Unterziele und 27 zum Teil weiter differenzierten Indikatoren dieses Bereichs »Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit« decken sich zum Teil mit denen von HEINZ. Im Oktober 2005 veröffentlichte der Senat den »Bericht 2005« des Monitors Wachsende Stadt. Der Zukunftsrat Hamburg wertete den Bericht im Januar 2006 aus und verglich die Daten mit den vom Senat angestrebten Zielen. Viele – vor allem im sozialen Bereich – wurden nicht erreicht. Dasselbe gilt für den im November 2006 erschienenen »Bericht 2006«.

Die Leitung der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt kündigte 2004 an, einen eigenen Katalog von Nachhaltigkeitsindikatoren zu erarbeiten. Dieser soll die Umweltindikatoren der Umweltministerkonferenz, aber darüber hinaus auch Indikatoren für Verkehr, Flächen, Bauen, Energie und Stadtentwicklung umfassen. Damit werden weitere Nachhaltigkeitsteilziele angesprochen, ohne dass mit diesem Ressort-Katalog die ganze Bandbreite nachhaltiger Entwicklung abgedeckt wird, wie sie HEINZ in den Blick nimmt.

Der Zukunftsrat Hamburg begrüßt diese Entwicklungen im Grundsatz, entsprechen sie doch seinen Anregungen und Vorschlägen seit mehreren Jahren. Der 4. Abschnitt des Monitoringsystems für die Wachsende Stadt (»Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit«) kann zu einem amtlichen Hamburger Katalog von Nachhaltigkeitsindikatoren ausgebaut werden.

Entfällt damit der Bedarf für HEINZ? Mit der vorliegenden Broschüre versucht der Zukunftsrat einerseits, die auf den neuesten Stand gebrachten statistischen Zahlenreihen seit 1992 für einen weiter zurück reichenden Blick zu nutzen, als es Monitor und Behörden-Indikatoren vorsehen. Andererseits möchte der Zukunftsrat vor allem aber die Frage nach den Entwicklungszielen, nach konkreten Maßzahlen für die angestrebten Ziele einer nachhaltigen Entwicklung in die politische Diskussion einbringen. Wir fordern den Senat auf, den Monitor konsequent auf die angestrebte nachhaltige Entwicklung Hamburgs auszurichten und sind gerne bereit, unsere Erfahrungen hierbei einzubringen.

3. ZIELWERTE UND ETAPPENZIELE

Die Erstfassung von HEINZ bewertete die statistischen Zeitreihen ausschließlich danach, in welche Richtung ihre Entwicklung weist. Dabei blieb offen, welcher Zielzustand für die Indikatoren eigentlich als nachhaltig bezeichnet werden kann. Bei der Überarbeitung haben wir gefragt, ob es bei einem positiven Trend jeweils einen Endwert für Nachhaltigkeit geben kann. Dies ist aus mehreren Gründen schwierig:

- Was »Nachhaltigkeit« ist, lässt sich viel schwieriger beschreiben als das, was jedenfalls nicht nachhaltig ist. Wie muss ein Zustand konkret aussehen, der nach heutigen Erkenntnissen dauerhaft aufrecht erhalten werden kann, ohne dass es zu Entwicklungsproblemen bzw. Optionseinschränkungen für zukünftige Generationen kommt?
- Ist bei den »zukünftigen Generationen« nur an die künftigen Einwohner /-innen Hamburgs oder auch an die zukünftigen Generationen weltweit zu denken? Ist die Frage bei weltweiten

Zusammenhängen – wie etwa dem Klimaschutz – noch relativ leicht zu beantworten, so muss bei Problemen im engeren Umfeld sicherlich anders vorgegangen werden. Die Armutsfrage in Hamburg unter Hinweis auf die weltweit herrschende Armut zu beurteilen und zu »lösen«, wäre sicherlich unangemessen.

- Nachhaltigkeit gibt es nur als Gesamtbalance zwischen allen Teilzielen. Angesichts der Folge- und Rückwirkungen der Teilziele untereinander ist es unmöglich, alle Teilziele zugleich zu »maximieren«. Allerdings: Wird bei der Definition konsequent auf Widerspruchsfreiheit geachtet, also sichergestellt, dass grundsätzlich alle Teilziele nebeneinander erreicht werden können, und messen die Indikatoren die Zielerreichung genau, dann spricht auch nichts gegen die Umschreibung eines (fernen) Nachhaltigkeitszustandes für jeden Indikator.

HEINZ 2006 weist für die Teilziele zunächst einen Zielwert aus, der, so gut wie es uns heute möglich ist, das bezeichnet, was für das jeweilige Teilziel bzw. den Indikator das Nachhaltigkeitsziel sein könnte. Das ist häufig erst in langen Zeiträumen zu erreichen – allerdings sieht der Zukunftsrat eine moralische Verpflichtung, dass wir diesen Zustand noch zu Lebzeiten der heute Verantwortlichen erreichen sollten, also spätestens 2050. An diesem Ziel lässt sich gleichsam der Kurs bestimmen. Wo ein solcher nachhaltiger Endzustand nicht umschrieben werden konnte – z.B. bei der Höhe der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit oder für die Förderung der Kultur – wurde der Indikator für die Bewertung der weiteren Entwicklung aufgegeben.

Vom Endzustand Nachhaltigkeit leitete der Zukunftsrat für jedes Teilziel ein eher realpolitisch-pragmatisches Etappenziel ab, das bis 2020 erreicht werden sollte. Diese Jahreszahl wurde gewählt, um den heute »mitten im Leben Stehenden« eine Entwicklungsperspektive aufzuzeigen, die sie aus ihren heutigen Verantwortungsbereichen heraus noch selbst zu gestalten und zu vertreten haben.

Die Höhe des Zielwerts für 2020 ist einerseits davon abhängig, wann der Endzustand Nachhaltigkeit überhaupt erreichbar erscheint und andererseits von den Chancen, den 2020-Wert – wenn auch mit Anstrengungen – tatsächlich zu erreichen. Der Zukunftsrat Hamburg legt dabei einen an den zu lösenden Problemen orientierten strengen Maßstab an. Er weist angesichts der großen globalen Nachhaltigkeitsdefizite über das hinaus, was sich die Bundesregierung in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 an politisch motivierten Zielen für 2010 und zum Teil für 2020 zumuten wollte.

Der Zukunftsrat Hamburg ist sich bewusst, dass das dargestellte Verfahren keine mathematisch-rationale Zielwertgewinnung darstellt, sondern ein normatives und als solches natürlich diskussionswürdiges Vorgehen bleibt. HEINZ kann und will nicht mathematische Ergebnisse feststellen, sondern deutlich machen, »wohin die Reise gehen« muss, will man in Hamburg eine »nachhaltige Entwicklung« nicht nur als rhetorische Floskel verwenden, sondern als Vision und Zielorientierung ernst nehmen. Es ist sicher kein Zufall, dass weder die Indikatoren der Umweltministerkonferenz noch das Monitoringsystem der Wachsenden Stadt (trotz entsprechender Tabellenüberschriften) konkrete Zielwerte enthalten. Der Zukunftsrat Hamburg sieht sich in der Verantwortung, diese Zielwerte zu benennen. Als überparteilicher Dachverband für eine nachhaltige Entwicklung in Hamburg legt er hiermit quantifizierte Zielwerte als externe Maßstäbe für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft vor, die das heutzutage so weit verbreitete Bekenntnis zu nachhaltiger Entwicklung überprüfbar machen.

4. NACHHALTIGKEITSDIMENSIONEN / ÜBERSICHT

| NACHHALTIGKEITSDIMENSIONEN / WIRTSCHAFT | INDIKATOREN | HEINZ |
|---|--|-------|
| Gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit | Arbeitslosenquote in % | 1 |
| Preisstabilität erhalten | Verbraucherpreisindex in Deutschland | 2 |
| Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte | 1. Finanzierungsdefizit im öffentlichen Haushalt in % 2. Zins / Steuer – Quote in % | 3 |
| Regionale Versorgung stärken | Verhältnis von importierten zu inländisch erzeugten Äpfeln in % | 4 |
| Nord-Süd-Ausgleich durch fairen Handel von ökologisch verträglichen Produkten fördern | Anteil des Transfair-Kaffees am gesamten Kaffeeabsatz bei Budnikowsky in % | 5 |
| Ressourceneffizienz verbessern | Anzahl von Unternehmen mit Umweltprogrammen | 6 |
| Herstellung nachhaltiger Produkte fördern | Anteil des solar erzeugten Warmwassers am gesamten Warmwasserbedarf der Haushalte in % | 7 |
| Finanzierung von sozialen und ökologischen Investitionen fördern | Summe des Stiftungskapitals Hamburger Stiftungen mit nachhaltigen Zwecken | 8 |
| Leistungsfähigkeit von sozial- und umweltverträglichem Wirtschaften in Hamburg fördern | nicht verfügbar | 9 |
| Innovationsfähigkeit für nachhaltige Entwicklung stärken | nicht verfügbar | 10 |

| NACHHALTIGKEITSDIMENSIONEN / UMWELT | INDIKATOREN | HEINZ |
|--|---|-------|
| Aufnahmefähigkeit der Erde nicht überfordern, Abfall reduzieren | Siedlungsabfälle in kg pro Einwohner /-in | 11 |
| Luftverschmutzung auf gesundes Maß verringern | 1. Anzahl der Tage mit erhöhter Ozonbelastung 2. Benzol- oder Partikelbelastung im Jahresdurchschnitt in µg / m³ Luft | 12 |
| Bodenflächen in ihrer natürlichen Funktion bewahren | Flächeninanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr in ha | 13 |
| Wasser als Grundlage des Lebens erhalten und schonen | 1. Wasserverbrauch in Liter pro Einwohner /-in und Tag 2. Anteil des erreichten guten Zustands / Potenzials nach der EG-Wasserrichtlinie | 14 |
| Das Klima schützen | CO ₂ -Emissionen nach Emittenten in t pro Einwohner /-in und Jahr | 15 |
| Natur als Lebens- und Erholungsraum erhalten | Anteile der Natura 2000-Gebiete an der Fläche Hamburgs in % | 16 |

| | | |
|--|---|-----------|
| Menschen vor gesundheitsgefährdendem Lärm schützen | Flächen in km ² mit Dauerpegel Fluglärm > 62 dB(A) | 17 |
| Mobilität umweltgerecht gestalten | CO ₂ -Emissionen des Verkehrs in t pro Einwohner/-in und Jahr | 18 |
| Energieverbrauch aus (zumeist) nicht erneuerbaren Ressourcen senken und auf erneuerbare Träger lenken | Anteil des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energiequellen am Gesamtstromverbrauch Hamburgs | 19 |
| Arten schützen, Biodiversität erhalten | (noch) nicht verfügbar | 20 |

| NACHHALTIGKEITZIELE / SOZIALES | INDIKATOREN | HEINZ |
|--|--|--------------|
| Armut bekämpfen | Anzahl der Empfänger /-innen von Sozialleistungen zum Lebensunterhalt pro 1.000 Einwohner /-innen | 21 |
| Bildung als Entwicklungsvoraussetzung fördern | Anteil der Schulabgänger /-innen allgemeinbildender Schulen ohne Abschluss an der Anzahl aller Schulabgänger /-innen in % | 22 |
| Gesundheitsniveau heben | Anzahl der Verstorbenen unter 65 Jahren pro 100.000 Einwohner /-innen | 23 |
| Öffentliche Sicherheit stärken | Anzahl der Straftaten pro 1.000 Einwohner /-innen | 24 |
| Soziale Integration in der Stadt fördern | Verhältnis der 10 Stadtteile mit den höchsten zu den 10 Stadtteilen mit den niedrigsten Quoten von 1. Arbeitslosen 2. Sozialhilfeempfänger /-innen | 25 |
| Integration von Ausländern / Ausländerinnen fördern | Anteil ausländischer Schulabgänger /-innen ohne Schulabschluss in % | 26 |
| Gleichstellung von Mann und Frau fördern | 1. Verhältnis der durchschnittlichen Bruttoverdienste von Männern / Frauen 2. Anzahl der abgelehnten Anträge auf geförderten Kinderbetreuungsplatz | 27 |
| Ausgewogene Altersstruktur der Bevölkerung | Zahlenverhältnis der unter 18-Jährigen zur Bevölkerung über dem Renteneintrittsalter (zur Zeit der über 65-Jährigen) | 28 |
| Globale Nachhaltigkeit, Nord-Süd-Ausgleich fördern | nicht verfügbar | 29 |
| Kultur fördern | nicht verfügbar | 30 |

| MITTEL ZUR ERREICHUNG VON NACHHALTIGKEITZIELEN | HEINZ | |
|---|---|-----------|
| Politische Mitwirkung | Wahlbeteiligung bei Bürgerschaftswahlen in % 1. insgesamt 2. der 18-24-Jährigen | 31 |

NACHHALTIGKEITSZIEL / WIRTSCHAFT**Gerechte Verteilung von Erwerbsarbeit**

Erwerbsarbeit ist für fast alle Menschen die Grundlage für ein sozial integriertes Leben und die Freiheit, eigene Vorstellungen zu verwirklichen. Arbeitsplätze und Erwerbsmöglichkeiten in den verschiedensten Formen sind unverzichtbare Bedingungen für eine sowohl wirtschaftlich als auch sozial zukunftsfähige Entwicklung. Die Anzahl und Verteilung von Erwerbsarbeitsplätzen ist jedoch zu ergänzen um Qualitätsanforderungen an ihre ökologischen Auswirkungen.

INDIKATOR**Arbeitslosenquote in %**

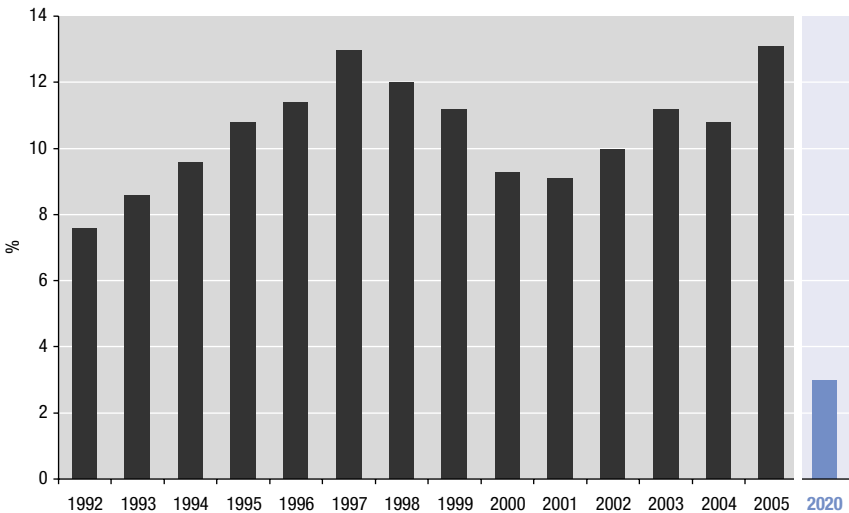
Die amtliche Statistik erfasst bis 2004 die arbeitslos Gemeldeten. Die wiedergegebene Quote ist auf den Stichtag 30. September eines Jahres bezogen und bezeichnet den Anteil an allen abhängigen zivilen Erwerbspersonen. Ab 2005 werden auch diejenigen Empfänger /-innen von Arbeitslosengeld II dazu gerechnet, die zuvor Sozialhilfe erhielten, ohne dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen.

ZIELWERTE**2020 Arbeitslosenquote: < 3 %**

Anzustreben ist »Vollbeschäftigung« bei einer gleichzeitig hohen Umweltqualität der Arbeitsplätze. Angesichts der Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt und der wirtschaftlichen Strukturveränderungen mit ständigem Arbeitsplatzabbau und -aufbau wird »Vollbeschäftigung« verbreitet bei einer Arbeitslosenquote von < 3 % als gegeben angesehen. Dieses Ziel erscheint in Hamburg grundsätzlich bis 2020 erreichbar zu sein.

ENTWICKLUNG

Arbeitslosenquote



Quelle: Statistikamt Nord, Bundesagentur für Arbeit

■ Arbeitslosenquote

BEWERTUNG



Seit 1992 bewegt sich die Arbeitslosenquote in Hamburg zwischen 7,6 und 13 % und ist damit auf einem hohen Niveau. Der hohe Wert des Jahres 2005 von 13,1 % ist nur bedingt mit den Werten der Vorjahre zu vergleichen. 2005 wurden mit der Neufassung des Sozialgesetzbuchs erstmals auch erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger zu den Arbeitslosen gerechnet. Jedenfalls: Vollbeschäftigung liegt in weiter Ferne. Der Rückgang der Erwerbspersonenzahl durch die demografische Entwicklung wird bis 2020 nur zu geringen, danach allerdings zu deutlicheren Entlastungen auf dem Arbeitsmarkt führen. Einzuräumen ist, dass Vollbeschäftigung angesichts des globalen Wettbewerbs und europäischer Rahmenbedingungen nicht allein durch Hamburger Politik erreicht werden kann.

NACHHALTIGKEITSZIEL / WIRTSCHAFT

Preisstabilität erhalten

Die deutsche Bevölkerung hat in ihrer Geschichte erlebt, welche sozialen und ökonomischen Katastrophen eine rapide Geldentwertung mit sich bringt. Preisstabilität hat in Deutschland seitdem einen hohen Stellenwert, wie sich bei der Diskussion um die Einführung des EURO zeigte. Auch für die Weitergabe von Gespartem an die nachfolgende Generation ist Preisstabilität wichtig.

INDIKATOR

Verbraucherpreisindex in Deutschland (2000 = 100)

Da Hamburg keine eigenen Daten zur Geldentwertung erhebt, wird auf den Verbraucherpreisindex (früher: »Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte«) in Deutschland zurückgegriffen. Die Unterschiede in den einzelnen Regionen Deutschlands sind jedoch gering.

2003 passte das Statistische Bundesamt den Waren- und Dienstleistungskorb und die Gewichtung der Einzelpreise zueinander den Entwicklungen der Zeit an und stellte das Bezugsjahr des Index (für das dieser auf 100 gesetzt wird) vom Jahr 1995 auf das Jahr 2000 um. Im Index drückt sich die Rate als Indexpunkte aus: 2000 = 100, 2001: 102 ergibt eine Inflationsrate von 2 % im Jahr 2001.

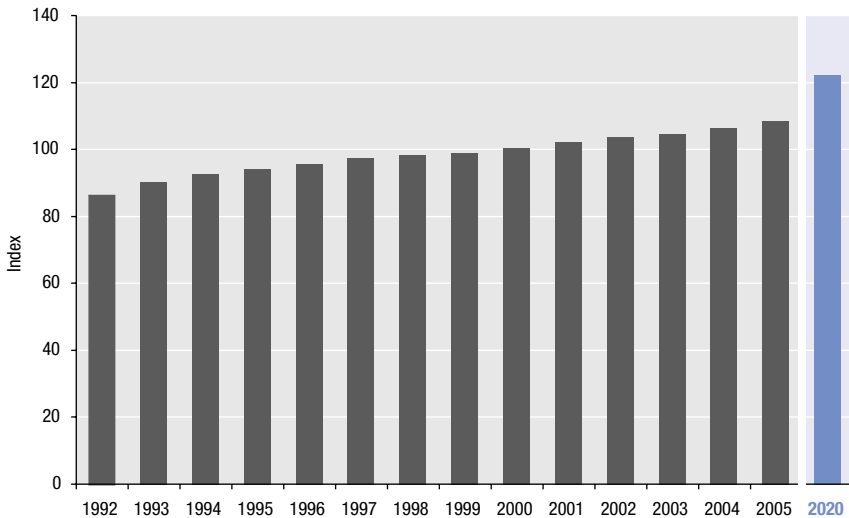
ZIELWERTE

2020: Preisanstieg 1 % / Jahr \pm 0,2 %

Bedingt durch die Preis treibend wirkenden Effekte des Zinssystems wird eine Inflationsrate von 1 % pro Jahr als stabil empfunden. Eine Schwankungsbreite von \pm 0,2 % gefährdet dieses Ziel nicht. An diese Entwicklung können sich Wirtschaft und Bevölkerung anpassen. Sie vermeidet andererseits die Gefahr einer Deflation.

ENTWICKLUNG

Verbraucherpreisindex Deutschland (2000 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt

■ Verbraucherpreisindex (Deutschland)

BEWERTUNG



Der Anstieg der Lebenshaltungskosten war in den vergangenen 14 Jahren insgesamt moderat, in der ersten Hälfte des Zeitintervalls stärker; in der zweiten Hälfte stieg die Inflation nur von 2000 auf 2001 wieder um 2 %. Die Inflationsrate 2002 war – wegen des zugrunde gelegten Warenkorbes – geringer, als nach Einführung des EURO erwartet und von vielen empfunden wurde. Der auf den jährlichen Preisanstieg bezogene Zielwert wurde in mehreren Jahren überschritten. Die positive Bewertung rechtfertigt sich nur (noch) durch eine Gesamtbetrachtung der letzten Jahre.

NACHHALTIGKEITSZIEL / WIRTSCHAFT

Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte

»Gesund« sind öffentliche Haushalte, wenn sie späteren Generationen den finanziellen Spielraum für eigene Bedürfnisse erhalten. Die Nachkommen dürfen nicht mit Zins und Tilgung für Schulden belastet werden, die die heutige Generation eingeht und verbraucht. Für dringende Zukunftsinvestitionen sollten in guten Zeiten Rücklagen angespart werden. Bei den notwendigen Sparmaßnahmen muss im Interesse einer nachhaltigen Entwicklung die Balance zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Interessen gewahrt und eine einseitige Kürzung etwa nur der Sozialbudgets vermieden werden.

INDIKATOREN

1. **Finanzierungsdefizit im öffentlichen Haushalt in %**
2. **Zins / Steuer-Quote in %**

Sind die staatlichen Ausgaben höher als die Einnahmen (Steuern und Abgaben), so entsteht ein Finanzierungsdefizit, das durch neue Kredite und/oder den Verkauf von Staatsvermögen zu decken ist. Die Zins/Steuer-Quote gibt an, welchen Steuer-Anteil bereits die Zinszahlungen für frühere Kredite beanspruchen. Beide Indikatoren sagen nichts darüber aus, wie ein gesunder Haushalt zu erreichen ist.

ZIELWERTE

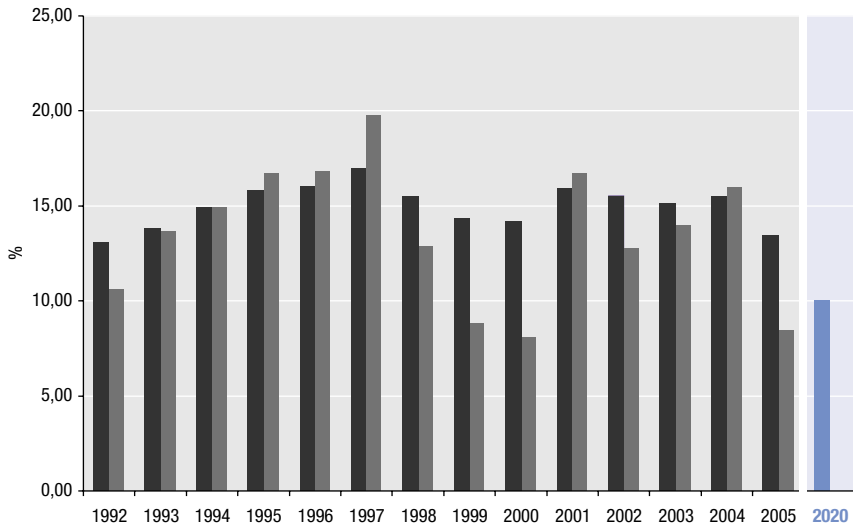
- 2020:**
1. **Finanzierungsdefizit: 0 % und Bürgerhaushalt**
 2. **Zins / Steuer-Quote: < 10 %**

Nachhaltig ist nur ein Haushalt, der auf Dauer ohne Schulden auskommt. Schon lange vor 2020 ist nicht nur der Betriebs-, sondern auch der Investitionshaushalt ohne zusätzliche Schulden zu finanzieren. Um einer gerechten Verteilung der geringeren Mittel und der Spar-Lasten näher zu kommen, ist zudem bis zum Ende der Legislaturperiode ein Verfahren für einen sogenannten Bürgerhaushalt (Vorbild Porto Alegre) zu entwickeln.

Bei der Zins/Steuer-Quote ist zu berücksichtigen, dass die immense Staatsverschuldung sozialverträglich nur über viele Jahre abgebaut werden kann. Das nachhaltige Langfristziel von ebenfalls 0 % (keine Schulden mehr) ist deswegen über ein Etappenziel von 10 % im Jahre 2020 anzustreben.

ENTWICKLUNG

Finanzierungsdefizit und Zins / Steuer-Quote



Quelle: Finanzbehörde Hamburg

■ Zins/Steuer-Quote

■ Finanzierungsdefizit im laufenden Haushalt

BEWERTUNG



Die Grafik zeigt, dass Hamburg permanent über seine Verhältnisse lebte und jedes Jahr neue Schulden machte. Immerhin erreichte der Senat 2005 einen ausgeglichenen Betriebshaushalt. Für 2012 / 2015 strebt der Senat einen gänzlichen Verzicht auf neue Schulden an. Dann müssen Investitionen aus Überschüssen des Betriebshaushaltes bezahlt werden. Mit der schrittweisen Einführung der »Doppik« ab 2005 werden erstmals auch die Vermögenssituation der Stadt und ihre Veränderungen transparent. 2006 initiierte die Bürgerschaft einen Internet-gestützten Bürgerdialog zu Schwerpunkten der zukünftigen Haushaltspolitik. Eine neue bundesweite Debatte sowie Kritik des Rechnungshofs an der Staatsverschuldung Hamburgs führten 2006 erstmals zu ausdrücklichen Nachhaltigkeitsüberlegungen im Finanzbericht 2006/2007 des Senats an die Bürgerschaft. Dass sich mit den Werten von 2005 eine Trendwende andeutet, ist möglich, aber nicht gesichert. Solange immer noch neue Schulden für den Staatshaushalt aufgenommen werden, muss die Gesamtbewertung der öffentlichen Finanzen unverändert als »nicht nachhaltig« eingestuft werden.

NACHHALTIGKEITSZIEL / WIRTSCHAFT**Regionale Versorgung stärken**

Die Versorgung der Stadtbevölkerung mit Lebensmitteln sollte soweit wie möglich aus der Region erfolgen. Dies spart Transportaufwand und damit CO₂-Emissionen, stärkt die ökonomische Tragfähigkeit von Betrieben in der Umgebung, fördert eine gesunde Ernährung durch Frischware und erleichtert einen Austausch zwischen Produzent und Konsument. Die Stärkung regionaler Märkte entspricht deswegen verschiedenen Nachhaltigkeitsforderungen.

INDIKATOR**Verhältnis von importierten zu inländisch erzeugten Äpfeln in %**

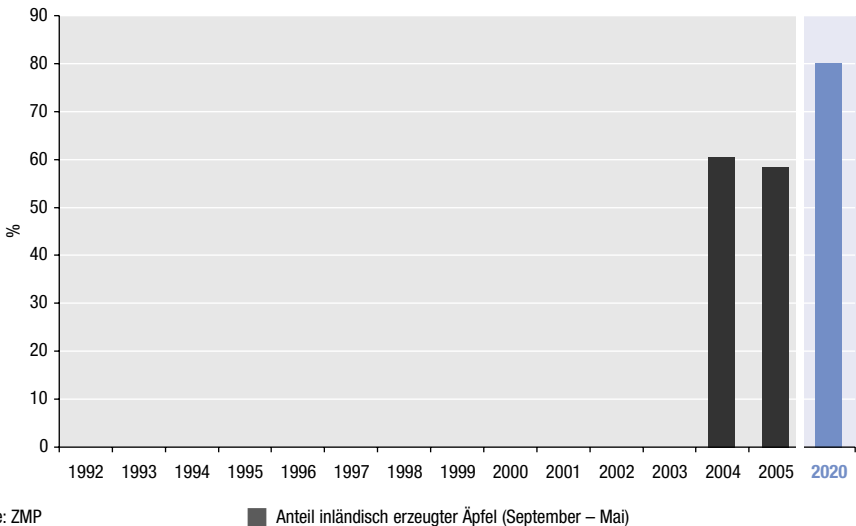
Der Apfelkonsum als Indikator bietet sich an, da mit dem Alten Land das zweitgrößte Obstanbaugebiet Europas vor den Toren Hamburgs liegt. Dessen Jahresproduktion von durchschnittlich ca. 250.000 t würde für eine vollständige Selbstversorgung der Menschen in der Region ausreichen. Durch moderne Lagertechniken können Äpfel zudem rund 9 Monate im Jahr in hervorragender Frische genossen werden. Leider werden die von uns gewünschten Zahlen nicht erhoben (wie viele der in Hamburg konsumierten Äpfel stammen aus dem Alten Land?), so dass statt dessen für Hamburg die Menge der aus ganz Deutschland stammenden Äpfel dargestellt wird, die von September bis Mai gekauft wurden. Diese Zahl wird erst seit 2003 erhoben.

ZIELWERTE**2020: Versorgung mit inländischen Äpfeln zu 80 %**

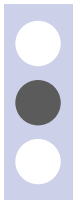
Da die Produktionsmenge für die regionale Versorgung ausreichend wäre, ist als Endwert im Jahre 2050 eine fast vollständige Selbstversorgung mit Äpfeln (99 %) aus regionaler Herkunft zu fordern. Der fehlende Prozentpunkt ist Sondersituationen vorbehalten, in denen ausnahmsweise ein Bezug aus anderen Regionen erforderlich ist. Als Etappenziel sollte im Jahr 2020 eine Selbstversorgung von 80 % erreicht werden.

ENTWICKLUNG

Anteil inländisch erzeugter Äpfel am Gesamtverbrauch (September – Mai)



BEWERTUNG



Der Anteil der einheimischen (deutschen) Äpfel am Hamburger Apfelverbrauch ist im Bundesvergleich relativ hoch – nur Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg erreichen höhere Werte. Auch dieser Anteil ist noch weit entfernt vom angestrebten Ziel, welches sich eigentlich auf die Versorgung mit Äpfeln aus dem Alten Land und nicht aus ganz Deutschland bezieht. Leider sind die Vermarktungsbeziehungen in den verschiedenen Segmenten des Handels komplex und unübersichtlich, so dass gezielte Eingriffe zum Erreichen des Ziels schwierig sind. Die tatsächliche Berücksichtigung aller volkswirtschaftlichen Kosten (z.B. auch der durch den Transport verursachten) könnte zu einem Preisvorteil der regionalen Produkte führen. Darüber hinaus ist eine bewusste Kaufentscheidung für die heimischen Äpfel gefragt. Auf Grund der (zu) kurzen Zeitreihe wird gegenwärtig noch eine Bewertung »unentschieden« gewählt.

NACHHALTIGKEITSZIEL / WIRTSCHAFT

Nord-Süd-Ausgleich durch fairen Handel von ökologisch verträglichen Produkten fördern

Die Agenda 21 von Rio schreibt dem Welthandel grundsätzlich eine positive Wirkung für eine global nachhaltige Entwicklung zu. Die Risiken der wirtschaftlichen Globalisierung fordern dazu jedoch strenge Rahmenbedingungen und einen angemessenen Nord-Süd-Ausgleich. Die Herstellung von Export-Produkten darf die Entwicklungschancen der Exportländer weder ökologisch noch sozial behindern, sondern soll sie stärken. Sie darf auch nicht zu gravierenden Abhängigkeiten der einheimischen Wirtschaft von internationalen Konzernen führen.

INDIKATOR

Anteil des Transfair-Kaffees am gesamten Kaffeeabsatz bei Budnikowsky in %

Die genannten Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen Welthandel erfüllt in besonderer Weise das Transfair-Label. Es garantiert eine möglichst direkte Vermarktung zwischen Erzeuger und Importeur, eine faire Preisgestaltung und die zusätzliche Finanzierung von Entwicklungsprojekten. Während von den überregionalen Einzelhandelsketten keine Angaben für den Absatz von Transfair-Waren in Hamburg verfügbar sind, stellte das auf die Hamburger Region beschränkte Unternehmen Budnikowsky die Absatzzahlen für seinen Transfair-Kaffee zur Verfügung. Als typisches Entwicklungsland-Produkt mit einem relativ hohen Anteil an fairem Handel ist Kaffee ein geeignetes Beispiel.

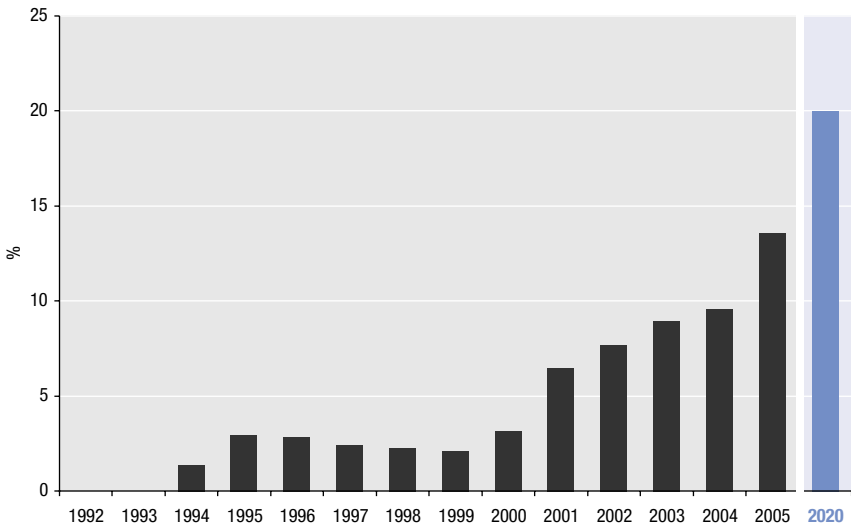
ZIELWERTE

2020: Anteil Transfair-Kaffee am gesamten Kaffeeabsatz 20 %

Langfristig sollte aus Nachhaltigkeitssicht der gesamte (Kaffee-)Handel nach den Grundsätzen des fairen Handels erfolgen. In Holland zeigte der Max Havelaer-Kaffee, dass tatsächlich größere Absatzanteile für Transfair-Kaffee realisierbar sind. Die Werte beziehen sich auf den Anteil des Transfair-Kaffees am Gesamtabsatz aller Kaffeesorten (ohne Espresso) bei Budnikowsky. Die Werte für 1994-2004 wurden 2006 von Budnikowsky neu errechnet und weichen deswegen etwas von HEINZ 2005 ab.

ENTWICKLUNG

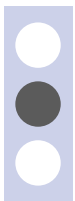
Anteil des Transfair-Kaffees am gesamten Kaffeeabsatz bei Budnikowsky



Quelle: Firma Budnikowsky

■ Anteil des Transfair-Kaffees am gesamten Kaffeeabsatz

BEWERTUNG



Die dargestellte Entwicklung bei Budnikowsky zeigt, dass das entwicklungspolitische Verbraucher-Interesse zwischen 1995 und 1999 abnahm, sich dann aber stark steigerte – bis zu einem beachtlichen Niveau 2005. Fair gehandelte Produkte werden inzwischen sogar von immer mehr Discountern angeboten. Der Gesamt-Kaffeeabsatz bei Budnikowsky ging seit 2000 zwar deutlich zurück, der Anteil des Transfair-Kaffees daran steigerte sich jedoch erheblich. Die bundesweite Kaffee-Umsatzstatistik von Transfair Deutschland e.V. verläuft ähnlich – mit einem Höhepunkt 1995 / 1996 und einem Absatzplus von 10 % im Jahr 2005. Es ist auch den Hamburger Verbraucherinnen und Verbrauchern über die Jahre wichtiger geworden, mit dem Einkauf fair gehandelter Produkte einen Beitrag zu globaler Nachhaltigkeit im Sinne eines gerechten Nord-Süd-Ausgleichs zu leisten. Dafür sind sie auch bereit, mehr zu bezahlen. Der Abstand zum Zielwert ist jedoch noch groß, obwohl der Kaffeeumsatz schon einen relativ hohen Transfair-Anteil aufweist. Trotz des positiven Trends bleibt es deswegen bei einer »neutralen« Gesamtbewertung.

NACHHALTIGKEITSZIEL / WIRTSCHAFT

Ressourceneffizienz verbessern

Mehr Wohlstand für immer mehr Menschen ist nur durch einen deutlich effizienteren Einsatz von Ressourcen erreichbar. Im Rahmen von Effizienzdiskussionen wird oft übersehen, dass eine Steigerung der Effizienz häufig durch das absolute Wachstum überkompensiert wird. Nachhaltige Entwicklung muss mit einer absoluten Abnahme des Ressourcenverbrauchs einhergehen – jedenfalls solange es sich nicht um erneuerbare Ressourcen handelt. Jedes einzelne Unternehmen kann Ressourcen einsparen. Dazu werden seit einigen Jahren verschiedene Programme angeboten. Die detaillierte Betrachtung von Produktionsabläufen (Öko-Audit oder auch EMAS »European Management Audit Scheme«) und die Optimierung von Produktionsabläufen mit dem Ziel, Rohstoffe einzusparen führt in der Regel zu steigender Qualität und zu sinkenden Produktionskosten.

INDIKATOR

Anzahl von Unternehmen mit Umweltprogrammen

Für den hier verwendeten Indikator wurden Zahlen aus den Programmen EMAS, Öko-Profit und der UmweltPartnerschaft erhoben. Vor allem zu EMAS (Veröffentlichungspflicht) und Ökoprotit (zentral angebotene Kurse) sind verlässliche Zahlen für Hamburg zu erhalten. Eine größere Zahl von Unternehmen dürfte nach ISO 14001 zertifiziert worden sein (keine Veröffentlichungspflicht). Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, im Rahmen der UmweltPartnerschaft an verschiedenen Förderprogrammen teilzunehmen (Unternehmen für Ressourcenschutz, Arbeit und Klimaschutz). Die UmweltPartnerschaft ist ein gemeinsames Vorhaben des Senats und der Hamburger Wirtschaft, um den freiwilligen Umweltschutz in den Hamburger Unternehmen zu fördern. Start war 2003.

ZIELWERTE

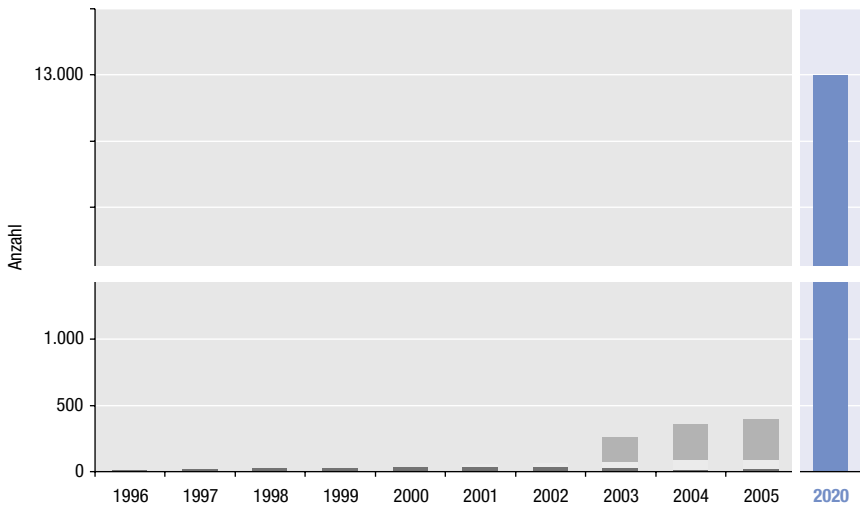
2020: 10 % aller Unternehmen

Jede verantwortungsvolle, an Nachhaltigkeit ausgerichtete Unternehmensführung muss effizient mit den benötigten Ressourcen umgehen. Deshalb müssen langfristig alle Unternehmen ihre Ressourceneffizienz mit Umweltprogrammen optimieren.

Rund 130.000 Unternehmen sind in Hamburg wirtschaftlich aktiv. Als Zielwert 2020 sollten wenigstens 10 % dieser Betriebe ressourcenschonende Aktivitäten durchführen – dies ist zur Erreichung einer nachhaltigen Ressourceneffizienz ein bescheidenes, angesichts der unten genannten Zahlen ein ehrgeiziges Ziel.

ENTWICKLUNG

Anzahl von Unternehmen mit Umweltprogrammen



Quelle: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

■ Anzahl Öko-Audit ■ Anzahl Ökoprofit
■ Umweltpartnerschaft ■ alle Programme

BEWERTUNG



Die systematische Berücksichtigung von ökologischen und sozialen Zielen ist für Hamburger Unternehmen immer noch die Ausnahme. Ein extern überprüfbares Umweltmanagementsystem wie EMAS betreiben derzeit nur 20 Unternehmen; für die einfachere Version nach ISO 14001 liegen keine Zahlen vor. Ökoprofit, das auf finanziell attraktiven Umweltschutz abzielt, nutzen nur 70 Hamburger Unternehmen (bundesweit: über 1.300). Selbst an der UmweltPartnerschaft, die nicht zu den Umweltmanagementansätzen zählt, beteiligen sich mit 306 Unternehmen viel zu wenige. Bis auf wenige, dafür umso wichtigere Ausnahmen muss mit dem Nachhaltigkeitsrat festgestellt werden, dass die meisten Unternehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung erst noch strategisch im Management verankern müssen.

NACHHALTIGKEITSZIEL / WIRTSCHAFT

Herstellung nachhaltiger Produkte fördern

Nachhaltige Produkte zeichnen sich nicht nur durch eine möglichst energie- und rohstoffeffiziente Herstellung aus, sondern auch durch Langlebigkeit, Reparaturfreundlichkeit und einen hohen Anteil an wiederverwertbaren Komponenten. Die Nachhaltigkeitseigenschaft eines Produktes kann auch darin liegen, dass sein Gebrauch Rohstoffe und Energie einspart. Angesichts der Klimagefahren und absehbaren Erschöpfung fossiler Energieträger gewinnt dies zunehmend an Bedeutung. Der oft höhere Preis solcher Produkte ist auf dem Markt in der Regel ein Nachteil, der durch eine staatliche Anschubförderung ausgeglichen werden kann.

INDIKATOR

Anteil des solar erzeugten Warmwassers am gesamten Warmwasserbedarf der Haushalte in %

Die Solarthermie wird in Hamburg seit 1988 gefördert. Solarpaneele werden zwar nicht nur in Hamburg hergestellt, der Umfang ihrer Installation auf Hamburger Dächern durch Hamburger Firmen trifft jedoch eine wichtige Aussage für das genannte wirtschaftliche Ziel. Die zuständige Behörde schätzt, dass ohne staatliche Förderung noch einmal so viele Solarpaneele installiert wurden. Aus Nachhaltigkeitssicht erscheint als Indikator aber der Anteil des solar erzeugten Warmwassers am gesamten Warmwasserbedarf geeigneter. Hierfür sind keine Messdaten, sondern nur grobe Schätzwerte verfügbar: Die aktuell ca. 17.000 MWh Solarthermie pro Jahr entsprechen nahezu 5 % des Gesamtwarmwasserbedarfs. Dargestellt wird – nachrichtlich – die staatlich geförderte Fläche von neu installierten Solarkollektoren pro Jahr, aufgeteilt nach Ein-, Mehrfamilienhäusern und sonstigen Bauten (z.B. Gewerbe).

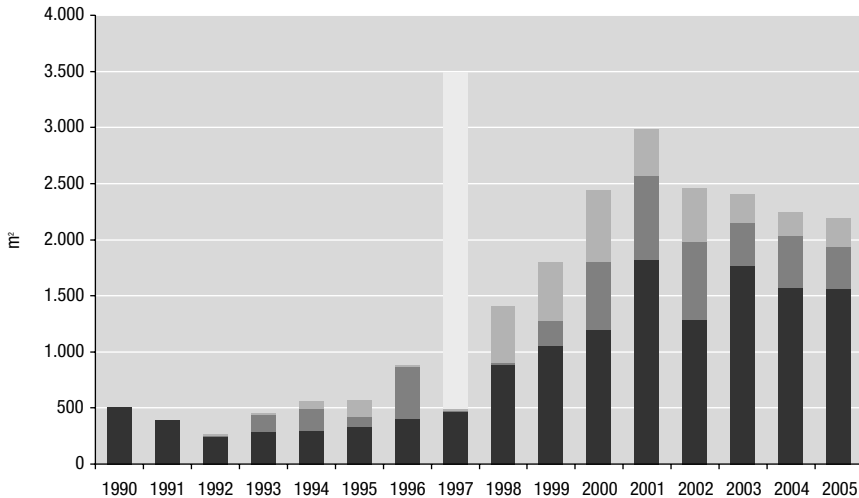
ZIELWERTE

2020: 60 % des Warmwasserbedarfs aller Neubauten durch Solarthermie

Mit Solarthermie lässt sich schon heute 60 % des jährlichen Warmwasserbedarfs (Brauchwasser) wirtschaftlich erzeugen. Dies sollte auch tatsächlich realisiert werden – zunächst bei allen Neubauten, langfristig im gesamten Gebäudebestand.

ENTWICKLUNG

Neue Solarkollektorfläche in Hamburg [m² pro Jahr] (ohne Schwimmbäder)



Quelle: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

solarthermische Fläche auf Einfamilienhäusern
 Sonstiges
 auf Mehrfamilienhäusern
 Ökosiedlung Bramfeld

BEWERTUNG

Die Neuinstallation von Solarkollektoren auf Hamburgs Dächern ist bis 2001 stark gestiegen, seitdem aber leicht rückläufig. Ein Anteil der Solarthermie von unter 5 % an der gesamten Warmwassererzeugung (ca. 720.000 MWh/a) ist immer noch sehr gering. Die Gesamtbewertung kann deswegen trotz des zunächst erfreulichen Trends zum weiteren Ausbau der Solarthermie noch nicht positiv ausfallen. Angesichts des dringlichen Klima- und Ressourcenschutzes bedarf es hier eines deutlichen Sprungs nach vorn. Ohne ordnungs- und planungsrechtliche Unterstützung werden allein Zuschüsse für private Solarthermie-Investitionen diesen Sprung nicht erreichen.

NACHHALTIGKEITSZIEL / WIRTSCHAFT

Finanzierung von sozialen und ökologischen Investitionen fördern

Auch Nachhaltigkeit, also eine gleichermaßen an ökologischen, sozialen und ökonomischen Zielen ausgerichtete Entwicklung, ist häufig auf Geld angewiesen. Es gibt Bereiche, die sich unter rein wirtschaftlicher Betrachtung nicht auszahlen – jedenfalls so lange nicht, wie die Marktpreise nicht alle Auswirkungen abbilden. Solche Aufgaben sind auf finanzielle Unterstützung angewiesen – entweder durch den Staat oder durch anderweitige Zuschüsse.

INDIKATOR

Summe des Stiftungskapitals Hamburger Stiftungen mit nachhaltigen Zwecken

Nachhaltigkeit ist nicht nur eine staatliche Aufgabe. Es gibt auch eine persönliche Verantwortung für die Teilhabe aller Menschen an einer nachhaltigen Entwicklung.

Der bislang hierfür verwendete Indikator, die steuerlich abzugsfähigen Spenden und Beiträge für gemeinnützige Zwecke, ist nicht richtungssicher. Ein steigendes Spendenaufkommen garantiert noch nicht, dass mehr Geld für Nachhaltigkeit zur Verfügung steht. Deshalb soll er ersetzt werden durch die Summe des Stiftungskapitals Hamburger Stiftungen mit nachhaltigen Zwecken. Im Gegensatz zum unsteten Spendenaufkommen steht Stiftungskapital dauerhaft zur Verfügung und entspricht damit bereits einem Anliegen der Nachhaltigkeit. Die Bindung an nachhaltige Zwecke stellt zudem eine präzisere Zielbestimmung dar als die aktuell recht weit gefasste Gemeinnützigkeit.

ZIELWERTE

Steigerung des Stiftungskapitals > Inflationsrate

Einen absoluten, Nachhaltigkeit darstellenden Zielwert für die zu erreichende Summe des Stiftungskapitals kann es nicht geben. Deshalb wird hilfsweise davon ausgegangen, dass die jährliche Steigerungsrate des Stiftungskapitals jeweils oberhalb der Inflationsrate liegen soll. Damit steht Jahr für Jahr (auch inflationsbereinigt) ein größerer Kapitalstock zur Verfügung, mit dem die Entwicklung von Nachhaltigkeit finanziell gefördert werden kann.

Die bislang praktizierte Erhebung statistischer Daten erlaubt keine Aussage dazu, wie sich das Stiftungskapital Hamburger Stiftungen mit nachhaltigen Zwecken in den letzten Jahren entwickelt hat. Es wird angeregt, diese Daten künftig amtlich zu erheben.

ENTWICKLUNG, BEWERTUNG
entfallen

NACHHALTIGKEITSZIEL / WIRTSCHAFT**Leistungsfähigkeit von sozial- und umweltverträglichem Wirtschaften in Hamburg fördern**

Als wirtschaftspolitisches Ziel hat sich weitgehend das »Wirtschaftswachstum« durchgesetzt – gemessen als Steigerung des Bruttoinlandprodukts (BIP). Als Nachhaltigkeitsziel ist dies jedoch nicht haltbar: Das BIP wächst auch durch unerwünschte Entwicklungen, z.B. Ressourcenverschwendung, (ggf. unvollständigen) Ersatz zuvor eingetretener Wertverluste, individuelle Wertschöpfung auf Kosten anderer. Ökonomische Leistungsfähigkeit und ihr Wachstum sind deswegen nur dann nachhaltig, wenn sie den anderen Nachhaltigkeitszielen der sozialen und ökologischen Dimension zumindest nicht widersprechen.

INDIKATOR**nicht verfügbar**

Der bisher bei HEINZ (und auch in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung) präsentierte Indikator »BIP je Erwerbstätigem« wird aus den genannten Gründen aufgegeben. Er kann die Erreichung des präzisierten Nachhaltigkeitsziels nicht messen. Ein geeigneter Indikator ist zumindest auf der Hamburger Ebene derzeit nicht ersichtlich. Es bedarf einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die die wirtschaftliche Wertschöpfung mit dem dadurch bedingten Umweltverbrauch und den »sozialen Kosten« plausibel verrechnet. Entsprechende Ansätze einer »Integrierten Volkswirtschaftlichen und Umweltgesamtrechnung« auf Bundesebene haben in Hamburg bislang keinen erkennbaren Niederschlag gefunden.

ZIELWERTE, ENTWICKLUNG, BEWERTUNG**entfallen**

NACHHALTIGKEITSZIEL / WIRTSCHAFT**Innovationsfähigkeit für eine nachhaltige Entwicklung stärken**

Eine Volkswirtschaft, die nur das Bestehende pflegt, wird den Herausforderungen der Zukunft nicht gerecht. Die Aufgabe, den kommenden Generationen die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen für ihre eigene Entwicklung zu erhalten, erfordert eine hohe Innovationsfähigkeit und -bereitschaft. Allerdings ist sie allein noch kein Garant für eine nachhaltige Entwicklung. Vielmehr ist die Richtung der Innovationen entscheidend. Hier ist insbesondere die Steigerung der Ressourceneffizienz aber auch die Substitution von endlichen Rohstoffen und Energieträgern durch erneuerbare zu nennen. Innovationsfähigkeit ist daher zwar eine notwendige, aber ohne Aussage zur Qualität der Innovationen noch keine ausreichende Bedingung für nachhaltiges Wirtschaften.

INDIKATOR**nicht verfügbar**

Die bisher herangezogenen Indikatoren Patentanmeldungen aus Hamburg und Anteil der FuE-Mittel am BIP hielten der Prüfung auf Richtungssicherheit nicht stand. Nachhaltigkeitsgefährdende Patente und Forschungen können aus den vorliegenden Daten nicht identifiziert und herausgerechnet werden. Erforderlich ist eine nachhaltigkeitsbezogene qualitative Bewertung von Patentanmeldungen und Forschungsförderungen. Eine solche wird – soweit ersichtlich – bislang nirgendwo vorgenommen und war auch von uns nicht zu leisten.

ZIELWERTE, ENTWICKLUNG, BEWERTUNG**entfallen**

NACHHALTIGKEITSZIEL / UMWELT**Aufnahmefähigkeit der Erde nicht überfordern,
Abfall reduzieren**

Abfall ist grundsätzlich nicht nachhaltig - jedenfalls soweit er nicht als Wertstoff weiter genutzt wird. Nur eine vollendete Kreislaufwirtschaft, wie sie die Natur fast verwirklicht, wäre tatsächlich zukunftsfähig. Abfall dagegen erfordert Deponieflächen, belastet die Umwelt mit Giften bzw. benötigt zusätzlichen Ressourceneinsatz zu seiner Beseitigung. Die ökologisch und gesundheitlich verträgliche Belastung der Umweltmedien Wasser, Luft und Boden wird heute bereits vielfach überschritten. Hauptverursacher sind die Menschen in den industrialisierten Ländern.

INDIKATOR**Siedlungsabfälle in kg pro Einwohner /-in**

Abfall sind alle Stoffe, deren sich ein Besitzer entledigen will. Das gesamte Abfallaufkommen aus Hamburger Haushalten wird in Kilogramm gemessen und durch die Einwohnerzahl geteilt. Da aber nicht nur die absolute Abfallmenge, sondern gerade auch ihre Zusammensetzung für die Bewertung der Nachhaltigkeit wichtig ist, wird der jährliche Abfall pro Einwohner /-in zusätzlich in verschiedene Abfallstoffe unterteilt dargestellt.

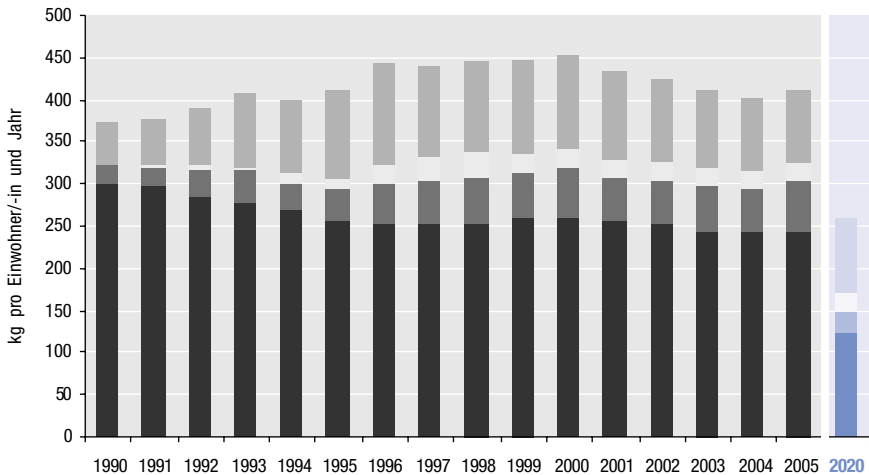
ZIELWERTE**2020: 150 kg Hausmüll und Sperrmüll pro Einwohner /-in**

Materialströme werden in reifen natürlichen Systemen zu 98-99 % genutzt. Deshalb wird angesichts des enormen Forschungsbedarfs zur Stoffstromwirtschaft vorerst ein symbolischer Rest von 1 kg pro Einwohner /-in und Jahr vorgeschlagen, der als absoluter Nachhaltigkeitswert im Jahr 2050 erreicht werden soll. Die damit verbundenen wirtschaftlichen Änderungen sind sehr ehrgeizig. Zudem muss ergänzend darauf hingewiesen werden, dass die Forschung auf diesem Sektor frühestens in 10 Jahren soweit sein wird, verlässliche Zielzahlen nennen zu können. Dieser Wert kann daher noch etwas modifiziert werden.

Als Zwischenziel soll deshalb der Hausmüll und Sperrmüll bis 2020 auf 150 kg gesenkt werden; das entspricht etwa 50 % des Wertes von 2003.

ENTWICKLUNG

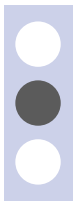
Abfallaufkommen pro Einwohner/-in und Jahr



Quelle: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

kg Hausmüll/Problemstoffe
 kg Sperrmüll, Metalle und Textilien
 kg Bio- & Grünabfall
 kg Glas, Papier und LPV (Gelber Sack)

BEWERTUNG



Von 1992 bis 2000 ist das jährliche Abfallaufkommen pro Einwohner /-in um rund 60 kg gestiegen, seit 2001 ist es zurückgegangen, aber 2005 wieder leicht angestiegen. Die Entwicklung der Abfallzusammensetzung zeigt deutlich, dass der Haus(rest)müll zunehmend von wieder verwendbaren Wertstoffen entlastet wird. Dies ist sicher positiv zu bewerten. Nach wie vor befindet sich das Abfallaufkommen jedoch auf einem (zu) hohen Niveau, auch im bundesweiten Vergleich. Das bedeutet, dass der Konsum- und Lebensstil der Hamburger Haushalte zu einem hohen Stoffdurchsatz und damit verbundenen Material- und Energieverbrauch führt. Allerdings zeigt die mittelfristige Entwicklung bis 2004 noch in die richtige Richtung, so dass eine mittlere Bewertung gewählt wird.

NACHHALTIGKEITSZIEL / UMWELT

Luftverschmutzung auf gesundes Maß verringern

Luft ist eine wesentliche Lebensgrundlage, die allen Menschen in möglichst guter Qualität zur Verfügung stehen soll. Von den zahlreichen Luftverunreinigungen wurden stellvertretend die Verbindungen ausgewählt, die ohnehin nach EG-Luftreinerhaltelinie (96/62/EG) beobachtet und verringert werden müssen: Ozon, Benzol und mit krebserzeugenden Rußpartikeln belasteter Feinstaub.

INDIKATOR

- 1. Anzahl der Tage mit erhöhter Ozonbelastung**
- 2. Benzol- oder Partikelbelastung im Jahresdurchschnitt in $\mu\text{g} / \text{m}^3$ Luft**

Ozon ist ein starkes Oxidationsmittel und giftig. Es bildet sich aus Stickoxiden (NO_x) und Kohlenwasserstoffen unter Einwirkung der energiereichen Sonnenstrahlung. Im Sommer ist der Kfz-Verkehr Hauptverursacher für die Ozonbelastungen. Benzol ist einer der Bestandteile von Benzin und krebserregend. Damit gibt es keine unbedenkliche Belastung. Hauptquelle der aktuell vorhandenen Luftbelastungen sind Kfz mit Ottomotor. Feinstaubpartikel, die kleiner als $10 \mu\text{m}$ sind (PM_{10}), können bis in die Lunge von Menschen dringen. Speziell dieser Anteil kleinster Rußpartikel kann Krebs auslösen. Nach einer EG-Studie sterben daran jährlich etwa 65.000 Menschen in Deutschland.

ZIELWERTE

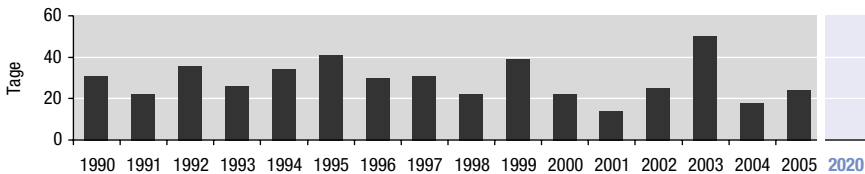
- 2020: 1. 0 Tage mit erhöhter Ozonbelastung ($100 \mu\text{g}/\text{m}^3$ Luft)**
2. < $2,5 \mu\text{g}$ Benzol/ m^3 Luft (Jahresmittel)
< $15 \mu\text{g}$ $\text{PM}_{10}/\text{m}^3$ Luft (Jahresmittel), $20 \mu\text{g}$ $\text{PM}_{10}/\text{m}^3$ Luft (Tagesmittel)

Ozon: Zum Schutz der menschlichen Gesundheit und vor Ertragseinbußen in der Landwirtschaft dürfen $60 \mu\text{g}$ Ozon/ m^3 Luft (gemittelt über 8 Stunden) sowie Belastungsspitzen von $100 \mu\text{g}$ Ozon/ m^3 Luft (als Halbstundenmittelwert) spätestens 2020 nicht mehr überschritten werden.

Benzol: Die Konzentration des krebserregenden Benzols ist auf $0 \mu\text{g}/\text{m}^3$ Luft zu senken. Zwischenziel für 2020 soll eine Reduzierung auf maximal $2,5 \mu\text{g}$ Benzol/ m^3 Luft (im Jahresdurchschnitt) sein. Partikel: Nachhaltigkeitsziel ist die vollständige Reduzierung der kanzerogenen Bestandteile des Feinstaubes. Bis 2020 soll eine maximale Belastung von $15 \mu\text{g}$ $\text{PM}_{10}/\text{m}^3$ Luft (im Jahresmittel) bei einem Tagesmittel von $20 \mu\text{g}$ $\text{PM}_{10}/\text{m}^3$ Luft nicht mehr überschritten werden.

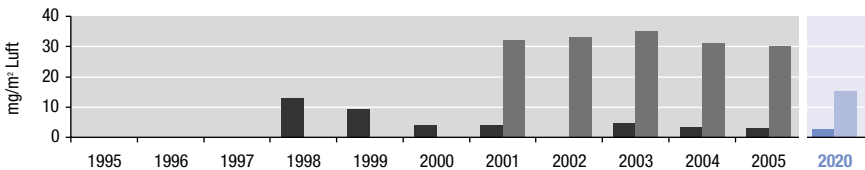
ENTWICKLUNG

1. Anzahl der Tage mit erhöhter Ozonbelastung



Quelle: Institut für Hygiene und Umwelt – Luftmessnetz Hamburg (Max-Brauer-Allee) ■ Tage Ozon > 120 µg/m³

2. Benzol- oder Partikelbelastung im Jahresdurchschnitt



Quelle: Institut für Hygiene und Umwelt – Luftmessnetz Hamburg (Max-Brauer-Allee) ■ Benzol µg/m³ ■ PM₁₀ µg/m³

BEWERTUNG



Ozon: Die uns genannten Ozondaten unterscheiden sich gravierend von den Angaben, die noch für HEINZ²⁰⁰⁵ zur Verfügung standen. Im Jahrhundertsommer 2003 gab es die meisten Ozonspitzen – unverändert angegeben für Tage mit mehr als 120 µg Ozon/m³ Luft. Die mittlere Belastung steigt weiter, die Zielwerte werden deutlich verfehlt.

Benzol: Die mit der Limitierung des Benzolgehalts im Benzin auf maximal 1% (ab 1.1.2000) erreichbaren Erfolge sind wohl ausgeschöpft. Angesichts der Gefährlichkeit von Benzol sind nun weitere Anstrengungen nötig.

Partikel: Die Feinstaubbelastung in Hamburg ist weiterhin (zu) hoch. Die Bestrebungen in der EG, die Grenzen hierfür heraufzusetzen (!), sind keine Lösung; das wird dem gewaltigen Gesundheitsproblem in keiner Weise gerecht. Hamburg muss deshalb von sich aus aktiv werden.

NACHHALTIGKEITSZIEL / UMWELT

Bodenflächen in ihrer natürlichen Funktion bewahren

Boden ist nicht vermehrbar. Er muss die vielfältigsten Funktionen erfüllen: Boden bietet Pflanzen und Tieren ihren Lebensraum. Für den Wasserhaushalt ist der Boden Aufnahme- und Filterfläche, Filter und Reservoir. Zusätzlich ist er Grundfläche für Wohnungen, Gewerbe und Verkehrswege. Wo Besiedelung »in die Fläche« geht, z.B. in weiträumigen Einfamilienhausgebieten, die aufwändige Erschließungs- und Infrastrukturflächen erfordern, wird die begrenzte Bodenfläche nicht optimal genutzt. Nachhaltigkeitsziel muss es sein, neben den Siedlungsaufgaben auch die natürlichen Funktionen des Bodens zu erhalten, d.h. zumindest die jährliche Neuversiegelung von Bodenfläche zu verringern.

INDIKATOR

Flächeninanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr in ha

Die Flächenversiegelung – ausgedrückt in ha – ist ein Indikator für die Gefährdung der nachhaltigen Flächennutzung. Als Flächeninanspruchnahme werden im Folgenden der Flächenbedarf für Gebäude und ihnen zugeordnete Freiflächen (Stellplätze, Gärten), Betriebsflächen und Verkehrsflächen verstanden. Der tatsächliche Versiegelungsgrad kann aus den vorliegenden statistischen Daten nicht errechnet werden, da im Rahmen der durchgeführten Erhebungen versiegelte Flächen und die ihnen zugeordneten Freiflächen (z.B. Gartenfläche) nicht differenziert aufgenommen wurden.

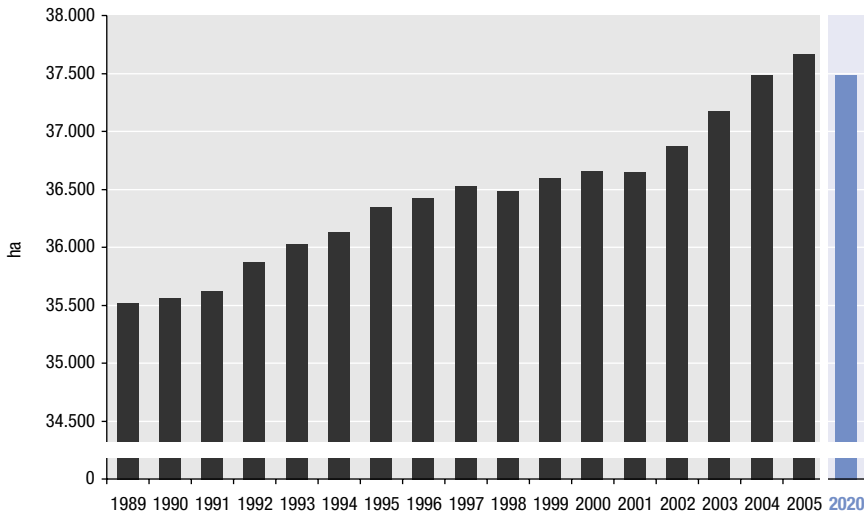
ZIELWERTE

2020: Flächeninanspruchnahme so hoch wie 2004

Schwer zu bestimmen ist gerade in einer Großstadt die absolute Grenze für eine nachhaltige Flächenversiegelung. Noch mehr naturnahe Flächen dürfen jedoch sicherlich nicht versiegelt werden, da Hamburg als Stadt ohnehin bereits eine intensive Flächeninanspruchnahme aufweist und ansonsten die Lebensqualität darunter leidet. Die noch benötigte Ausweitung von Siedlungs- und Verkehrsflächen kann zum überwiegenden Teil auf Recyclingflächen stattfinden, so dass ab sofort keine neuen Flächen der Versiegelung preisgegeben werden dürfen.

ENTWICKLUNG

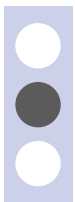
Siedlung und Verkehr



Quelle: Landesbetrieb Geoinformation (Liegenschaftskataster)

■ Flächeninanspruchnahme in ha

BEWERTUNG



Die Flächenversiegelung im oben definierten Sinne nimmt kontinuierlich zu. Nach einer zwischenzeitlichen Verringerung ist seit 2001 wieder eine deutliche Zunahme zu verzeichnen. Bis zur abschließenden Überarbeitung des Liegenschaftsbuches ist es schwer zu entscheiden, zu welchem Anteil der Zuwachs auf neue Flächeninanspruchnahme oder auf eine Umstellung der Erfassungsmethode zurückzuführen ist. Der Flächenverbrauch in der Vergangenheit ging vor allem auf Kosten der Landwirtschaft – und damit auch zu Lasten einer möglichen Regionalversorgung. Bis zur vollständigen Umstellung der Erfassungsmethode bleibt die Bewertung »unentschieden«.

NACHHALTIGKEITSZIEL / UMWELT

Wasser als Grundlage des Lebens erhalten und schonen

Wasser ist unverzichtbar für Menschen, Tiere und Pflanzen und nicht zuletzt auch für Industrie und Gewerbe. Diese erneuerbare Ressource ist ständig Gefährdungen durch menschliche Einwirkungen ausgesetzt (Schadstoffbelastung aus landwirtschaftlicher und industrieller Nutzung, verschwenderischer Wasserverbrauch in privaten Haushalten). Ziel einer nachhaltigen Nutzung der Wasserressourcen ist, ein Gleichgewicht zwischen Inanspruchnahme der Ressource und seiner Erneuerung zu erreichen und die vorhandenen Gewässer vor Schadstoffen zu schützen.

INDIKATOR

1. **Wasserverbrauch in Liter pro Einwohner /-in und Tag**
2. **Anteil des Oberflächen- bzw. Grundwasserkörpers mit »gutem Zustand« bzw. »gutem ökologischen Potenzial« nach EG-WRRL**

In Hamburg werden über 60 % der Trinkwasserversorgung durch Entnahme aus tiefen Grundwasserleitern gedeckt. Eine übermäßige Grundwasserentnahme kann zur Versalzung der Grundwasservorkommen führen. Die Oberflächengewässer Hamburgs nehmen ca. 8 % der Gesamtfläche der Stadt ein. Ein Teil dieser Wasserflächen wird durch die Hafenaktivitäten stark beansprucht. Durch die EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) werden die bisherigen Güteklassen durch ein anderes Qualitätssystem abgelöst; der »gute Zustand« der Oberflächengewässer und das »gute ökologische Potenzial« des Grundwassers wird in der EG-WRRL definiert. Gemessen wird, welcher Anteil der Wasserkörper dieses Ziel im jeweiligen Jahr erreicht hat.

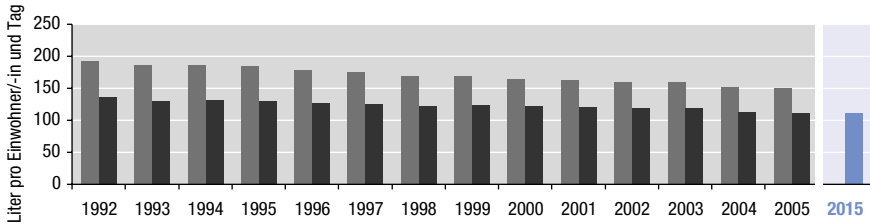
ZIELWERTE

- 2015: 1. < 110 Liter / Einw. / Tag**
2. 100 % »guter Zustand« bzw. »gutes ökologisches Potenzial« nach EG-WRRL

Der Zielwert für den Wasserverbrauch berücksichtigt, dass einerseits Wasserentnahme und –reinigung, andererseits aber auch eine Anpassung der Abwasser-Infrastruktur an einen deutlich geringeren Wasserverbrauch Energie, Rohstoffe und Geld kosten. Nach der EG-Wasserrahmenrichtlinie soll bereits 2015 das Ziel eines »guten Zustands« des Oberflächenwassers und eines »guten ökologischen Potenzials« des Grundwassers erreicht sein. Diese Zielperspektive wird hier ab 2004 übernommen.

ENTWICKLUNG

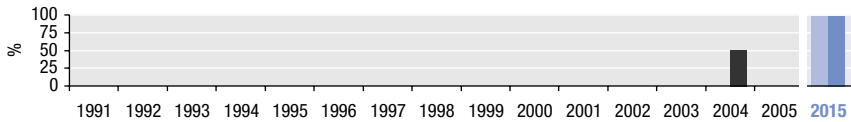
1. Wasserverbrauch (gesamt und private Haushalte)



Quelle: Hamburger Wasserwerke

■ gesamt ■ nur priv. Haushalte

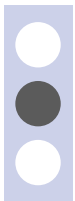
2. Anteil des erreichten guten Zustands / Potenzials nach der EG-Wasserrahmenrichtlinie



Quelle: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

■ Oberflächengewässer ■ Grundwasser

BEWERTUNG



Der Wasserverbrauch nimmt seit vielen Jahren ab, bei Gewerbe und Industrie stärker als bei den privaten Haushalten. Auch die frühere Hamburger Umweltbehörde setzte den Orientierungswert bei 110 l / Tag pro Einwohner /-in an. Die Regenerationsfähigkeit des Grundwassers ist in Hamburg gesichert, das Nachhaltigkeitsteilziel praktisch erreicht.

Die Gewässergüte hat sich in den letzten 10 Jahren in Hamburg nicht wesentlich verändert. Die EG-Wasserrahmenrichtlinie hat die Ansprüche an eine gute Wasserqualität nun genauer und anders als bisher umschrieben. Für 2004 wurde erstmals eine Bestandsaufnahme und Erstbewertung des Zustands der Hamburger Oberflächengewässer und des ökologischen Potenzials des Grundwassers nach der EG-WRRRL vorgenommen. Zumindest die Oberflächengewässer bedürfen danach in Zukunft einer entscheidenden Verbesserung, um 2015 / 2020 das gesetzte Güteziel zu erreichen. Beide Indikatoren (Wasserverbrauch und -Güte) zusammengenommen ergeben danach die Ampel-Bewertung »gelb«.

NACHHALTIGKEITSZIEL / UMWELT

Das Klima schützen

Mit dem Ziel, das Klima zu schützen, rückt insbesondere die Vermeidung des Treibhauseffekts in den Vordergrund. Durch die Aktivitäten des Menschen werden Gase in die Atmosphäre freigesetzt, die eine Klimaerwärmung herbeiführen. Die Häufung von Naturkatastrophen, die Erhöhung des Meeresspiegels und die Verschiebung der Vegetationszonen sind die Folgen. Für mehr als 70 % des vom Menschen verursachten Treibhauseffektes sind die durch den Energieverbrauch bedingten CO₂-Emissionen verantwortlich. Die Minderung der energiebedingten CO₂-Emissionen steht deswegen im Mittelpunkt der weltweiten Bemühungen um den Klimaschutz.

INDIKATOR

CO₂-Emissionen nach Emittenten in t pro Einwohner /-in und Jahr

Der CO₂-Ausstoß wird nicht selbst gemessen, sondern aus dem Verbrauch der zur Verbrennung vorgesehenen Primärenergieträger (Gas, Kohle, Erdöl) errechnet. Die größten Unsicherheiten ergeben sich im Verkehrsbereich: Flugzeuge, Schiffe und Kraftfahrzeuge gehen in die Bilanz mit den in Hamburg getankten Kraftstoffen ein, unabhängig davon, ob auf diese Weise der verkehrliche CO₂-Ausstoß überschätzt (weil ein überwiegender Teil der Kraftstoffe außerhalb Hamburgs genutzt wird) oder unterschätzt wird (wenn überwiegend außerhalb Hamburgs getankt wird). Mit der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls hat die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der EU-Lastenverteilung die Verpflichtung übernommen, bis zum Zeitraum 2008 – 2012 die Emissionen der Treibhausgase um 21 % im Vergleich zum Stand von 1990 zu vermindern. Auf Hamburg übertragen bedeutet dies eine Reduzierung der CO₂-Emissionen von 20,4 Mio t im Jahr 1990 (12,4 pro Einwohner/in / Jahr) auf 16,1 Mio t bis spätestens 2012 (9,1 t pro Einwohner/in / Jahr bei einer angenommenen Bevölkerung von 1,77 Mio.).

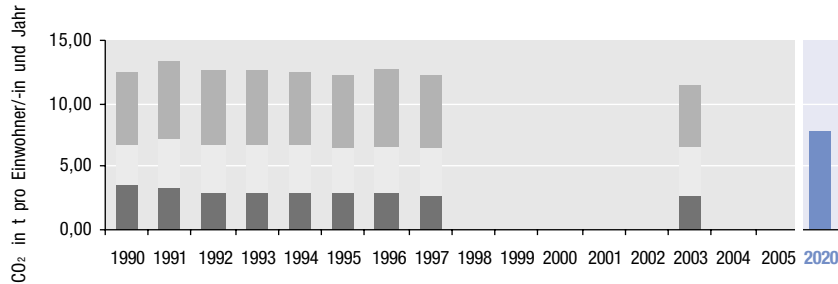
ZIELWERTE

2020: 7,6 t CO₂ pro Einwohner /-in und Jahr

Die Klimaenquete-Kommission des Deutschen Bundestags hat vorgerechnet, dass 2050 ein Zielwert von 1 t pro Einwohner /-in /Jahr erreicht werden muss, um das Klima nicht negativ zu beeinträchtigen. Um dieses Ziel bis 2050 erreichen zu können, müssten die CO₂-Emissionen im Hamburg von 11,3 t pro Einwohner /-in im Jahre 2003 bis 2020 auf 7,6 t pro Einwohner /-in / Jahr sinken. Dies bedeutet eine Reduzierung um 33 % in nur 17 Jahren.

ENTWICKLUNG

CO₂-Emissionen nach Emittenten in t pro Einwohner /-in und Jahr



Quellen: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, 2006

CO₂ aus Verkehr
 CO₂ aus Haushalte / Gewerbe / Handel / Dienstleistungen
 CO₂ aus Bergbau / verarbeitendes Gewerbe
 CO₂ gesamt

BEWERTUNG



Damit die HEINZ-Zahlen auch tatsächlich die von Hamburg zu verantwortende CO₂-Freisetzung widerspiegeln, musste die Datenreihe gewechselt werden. Statt der bislang verwendeten Quellenbilanz ist nun die Verursacherbilanz (d.h. Verbrauch pro Kopf) dargestellt – und damit die international maßgebliche Größe für den Beitrag zum Klimawandel. Auch in diesem Fall liegen Ende 2006 aber erst die Zahlen für 2003 vor – und damit das Ergebnis der Vorgänger-Regierung! Ein Indiz für den geringen politischen Wert des Klimaschutzes. Mit veralteten Daten lässt sich aktuelles politisches Handeln weder überprüfen noch steuern. Entschieden und wirkungsvolles Gegensteuern wäre dringend notwendig. Die Pro-Kopf-Emissionen Hamburgs liegen deutlich über dem Bundesdurchschnitt – und damit trotz eines leichten Rückgangs nur 8,5% unter dem Wert von 1990. Sachlich geboten und einst politisch zugesagt war ein Rückgang der CO₂-Emissionen von 25% bis 2005. Dieses Zwischenziel auf dem Weg zum Klimaschutz wird Hamburg weit verfehlen.

NACHHALTIGKEITSZIEL / UMWELT**Natur als Lebens- und Erholungsraum erhalten**

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen stellen wichtige Voraussetzungen aller bisherigen und künftigen Entwicklungen dar. Sie in ausreichendem Maß zu erhalten und zu schützen ist deshalb überlebensnotwendig und ein Bestandteil von Lebensqualität. Das muss auch für Hamburg gelten, eine der reichsten Regionen Europas.

INDIKATOR**Anteil der Natura 2000-Gebiete an der Fläche Hamburgs in %**

Das europäische Netz Natura 2000 umfasst Flächen, die zum Erhalt der Biodiversität von herausragender Bedeutung sind. Hierfür gelten einerseits strenge Schutzvorschriften zum Erhalt bzw. zur Förderung von Tier- und Pflanzenarten sowie deren Lebensräumen. Andererseits sind dort weiterhin alle Nutzungen zulässig, die den Schutzzweck nicht gefährden – nicht nur das direkte Erlebnis von wertvoller Natur, sondern auch viele wirtschaftliche Aktivitäten.

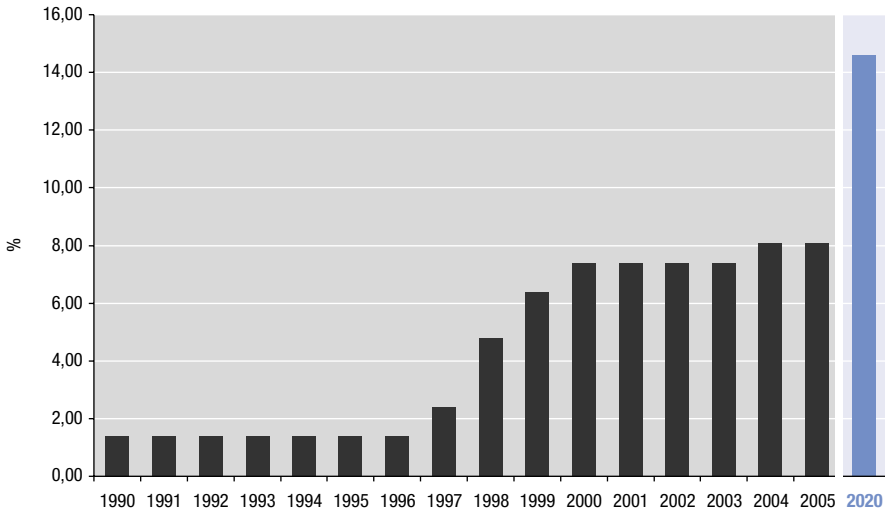
ZIELWERTE**2020: Durchschnitt der Natura 2000-Flächenanteile in der EU**

Nachhaltigkeit ist erreicht, wenn alle Flächen mit besonderer Bedeutung für das Netz Natura 2000 gemeldet und ausgewiesen sind – wozu Hamburg bzw. Deutschland seit 1998 / 2004 verpflichtet ist – und einen günstigen Erhaltungszustand aufweisen.

Bis die EG-Kommission die vollständige Ausweisung aller geeigneten Flächen festgestellt hat, gilt als Orientierungswert der Durchschnitt der vorgenommenen Gebietsmeldungen aller EU-Mitgliedstaaten: Allein für die nach FFH-Richtlinie (für Flora, Fauna, Habitate) auszuweisenden Gebiete sind das vorläufig 12,2% der Hamburger Landesfläche, für die Vogelschutzgebiete vorerst 9,6%, wobei einzelne Flächen nach beiden Richtlinien ausgewiesen sein können (eine Addition ist daher unzulässig). Aus beiden Flächenarten wird für 2020 ein gewichtet kombinierter Zielwert von 14,4 % fortgeführt.

ENTWICKLUNG

Flächenanteil der Natura 2000-Flächen (Vogelschutz- und FFH-Gebiete) an der Fläche Hamburgs



Quellen: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt / Bundesumweltministerium ■ Anteil Natura 2000 Gebiete an Gesamtfläche

BEWERTUNG



Nach mehreren Verurteilungen Deutschlands durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) wegen mangelhafter Umsetzung des europäischen Naturschutzrechts kommt die Ausweisung von Gebieten auf Basis der Vogelschutzrichtlinie (79/409/EWG) und der FFH-Richtlinie (92/43/EG) langsam voran. Es spricht jedoch nicht für Hamburgs Politik, dass die EG-Kommission 2003 erst ein Zwangsgeldverfahren einleiten musste, um weitere Gebiete benannt zu bekommen. Auch mit dem 2006 nachgemeldeten Rapfenschutzgebiet Hamburger Stromelbe bleibt Hamburg nach wie vor weit hinter den durchschnittlichen Flächenausweisungen der EG zurück. Damit ist die Kohärenz des Gebietssystems gefährdet. Außerdem fehlt auch 6 Jahre nach Zerstörung wesentlicher Teile des Mühlenberger Lochs der zugesagte und vorgeschriebene Ausgleich – der Versuch in der Hasendorfer Marsch ist gerichtlich gescheitert. Der Senat sucht Ausgleichsflächen ohnehin in anderen Bundesländern und enthält damit der eigenen Bevölkerung hochwertige naturnahe Erholungsräume vor.

NACHHALTIGKEITSZIEL / UMWELT

Menschen vor gesundheitsgefährdendem Lärm schützen

Der Mensch einer Großstadt ist ständig Lärm ausgesetzt: Straßenlärm, Schienenverkehrslärm, Fluglärm, Gewerbelärm etc.. Ab einem Dauerschallpegel von 65 Dezibel (tagsüber, Außenpegel) drohen gesundheitliche Schäden insbesondere durch eine Zunahme des Herzinfarktrisikos. Ca. 7 % der Hamburger Bevölkerung sind im unmittelbaren Einwirkungsbereich der Hauptverkehrsstraßen Lärmpegeln von mehr als 65 dB (A) ausgesetzt. Nach dem Straßenverkehr ist in Hamburg der Flugverkehr der Haupt-Lärmverursacher. Durch die Umsetzung der EG-Umgebungslärm-Richtlinie ist nun auch Hamburg verpflichtet, die Lärmquellen zu ermitteln und Lärminderungspläne aufzustellen.

INDIKATOR

Fläche in km² mit Dauerpegel Fluglärm > 62 dB (A)

Die Erfassung der gesundheitsgefährdenden Straßenlärmbelastung nach der EG-Umgebungslärm-Richtlinie ist noch nicht abgeschlossen. Bezüglich des Fluglärms wird seit 1997 in Hamburg jene Fläche ermittelt, die mit einem rechnerisch ermittelten Dauerschallpegel von mehr als 62 dB (A) belastet wird. Den Wert von 1997 (ca. 20,39 km²) schrieb die damalige Umweltbehörde als Obergrenze fest. Ausschlaggebend für die Ermittlung des Dauerschallpegels ist neben der Lautstärke der einzelnen Flugzeuge die Anzahl der Flugbewegungen.

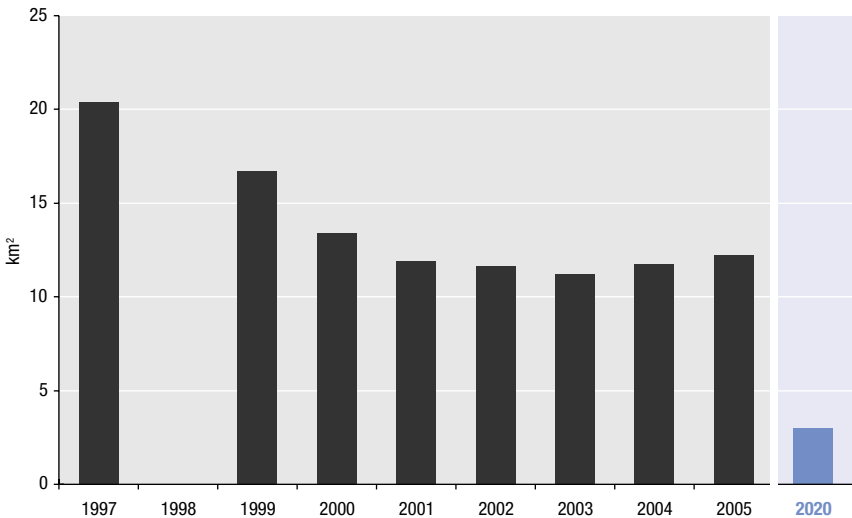
ZIELWERTE

2020: 3 km² (Fläche mit Wohnbebauung)

Ziel muss es sein, eine stark belästigende bis gesundheitsgefährdende Dauerlärmbelastung von mehr als 62 dB (A) für die Wohnbevölkerung im gesamten Umkreis des Flughafens vollständig zu vermeiden. Bis 2020 ist zumindest eine weitere Halbierung der belasteten Fläche zu erreichen. Von der ermittelten lärmbeeinträchtigten Fläche ist die Fläche des (nicht bewohnten) Flughafengeländes (5,7 km²) selbst abzuziehen.

ENTWICKLUNG

Flächen mit Fluglärm



Quelle: Flughafen Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

■ Fläche mit Dauerschallpegel > 62 dB (A)

BEWERTUNG



Die Fluglärmbelastung hat sich zunächst kontinuierlich, aber in immer kleineren Schritten verringert. Ab 2004 ist wieder eine Zunahme der Flugbewegungen festzustellen, die zugleich auch wieder zu einer Ausweitung der belasteten Fläche führte. Der festgestellte Flächenrückgang seit 1997 ist insbesondere auf die Modernisierung der Flugzeugflotte zurückzuführen. Flughafenverwaltung und Stadt bemühen sich sowohl um Aufklärung über die Lärmsituation als auch um organisatorische Maßnahmen zu ihrer Entschärfung. Insgesamt ist die Lage des Fluglärms in Hamburg noch mit »unentschieden« zu bewerten: Die großen Fortschritte seit 1997 drohen aber nun von der starken Zunahme der Flugbewegungen wieder aufgezehrt zu werden. (In der Grafik wurde nur beim Zielwert, nicht bei den statistischen Jahreswerten die Fläche des nicht bewohnten Flughafengeländes abgezogen.)

NACHHALTIGKEITSZIEL / UMWELT**Mobilität umweltgerecht gestalten**

Mobilität ist ein Element sozialer Nachhaltigkeit. Die Freiheit der Ortsveränderung wird aber heute erkaufte mit Klimarisiken, Verbrauch von Flächen und knappen fossilen Ressourcen, mit Lärm und Unfallgefahren. Kfz und Flugzeuge sind zur Zeit die am wenigsten nachhaltigen Verkehrsmittel, das Fahrrad das nachhaltigste. Der öffentliche Personennahverkehr ist angesichts des Beförderungsvolumens wesentlich ressourceneffizienter als der motorisierte Individualverkehr.

INDIKATOR**CO₂-Emissionen des Verkehrs in t pro Einwohner /-in und Jahr**

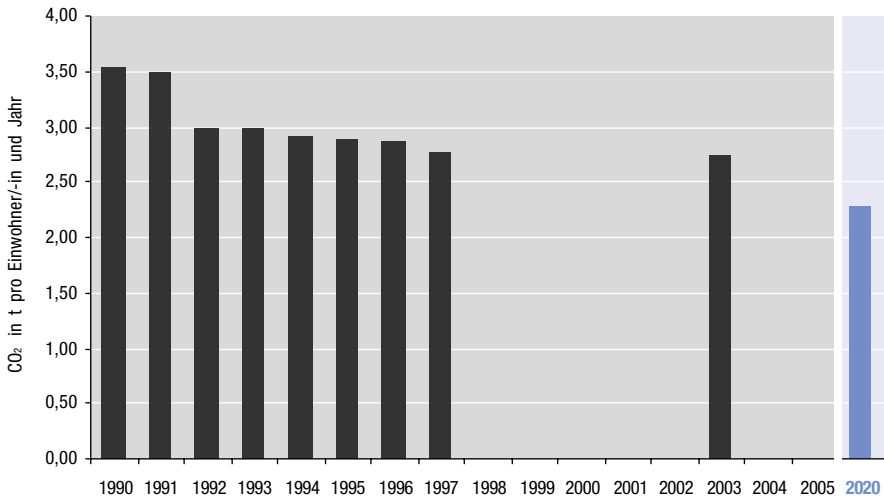
Die Messung der CO₂-Emissionen des Verkehrs gibt Auskunft über seine Umweltwirkungen (Klimarisiken, Ressourcenverbrauch und indirekt Straßenlärm), ohne dass auf ein bestimmtes Verkehrsmittel abgestellt wird. So könnten z.B. auch Fahrzeuge mit Wasserstoff-Antrieb das Nachhaltigkeitsziel fördern. Die CO₂-Emissionen werden nach der Verursacherbilanz des Länderarbeitskreises Energiebilanzen wiedergegeben – geteilt durch die jeweilige Bevölkerungszahl Hamburgs.

ZIELWERTE**2020: 2,3 t CO₂ aus Verkehr pro Einwohner /-in und Jahr**

Wenn aus Gründen des Klimaschutzes langfristig nur 1 t pro Einwohner /-in und Jahr an CO₂-Emissionen als nachhaltig angesehen werden kann und der Verkehr hieran seinen heutigen Anteil von ca. 30 % beitragen darf, so errechnet sich hierfür ein Nachhaltigkeitszielwert von ca. 300 kg pro Einwohner /-in und Jahr. Als Etappenziel für 2020 ergibt sich entsprechend der Festlegung beim Klimaschutz ein Anteil von 30 % bezogen auf einen Pro-Kopf-Ausstoß von dann nur noch 7,6 t für den Verkehrssektor, also 2,3 t pro Einwohner /-in / Jahr.

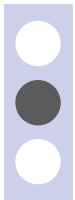
ENTWICKLUNG

CO₂-Emissionen des Verkehrs in t pro Einwohner/-in und Jahr



Quelle: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, 2006 ■ CO₂ aus Verkehr

BEWERTUNG



Nach den Berechnungen des Länderarbeitskreises Energiebilanzen gingen die CO₂-Emissionen aus dem Verkehr von 1990 bis 2003 um über 22 % zurück, von 1990 bis 1997 relativ stark, von 1997 bis 2003 nur noch marginal. Die Werte von 1998 bis 2002 wurden leider nicht errechnet. Dennoch ist es möglich, dass 2005 die in Aussicht genommene Reduktion von 25 % seit 1990 erreicht wird. Auch die jährlichen Verkehrszählungen weisen derzeit eher eine Stagnation des Kfz-Verkehrs und trotz schlechter Rahmenbedingungen eine verhältnismäßig starke Zunahme des Fahrradverkehrs aus. Wenn es Hamburg gelingt, die Verringerung der CO₂-Emissionen aus dem Verkehr mindestens im gleichen Umfang wie in den letzten Jahren fortzuführen, kann der für 2020 angegebene Nachhaltigkeitszielwert noch erreicht werden. Deshalb verbessert sich die Gesamtbewertung auf »gelb«.

NACHHALTIGKEITSZIEL / UMWELT

Energieverbrauch aus (zumeist) nicht erneuerbaren Ressourcen senken und auf erneuerbare Träger lenken

Energie nimmt eine Schlüsselrolle für die menschliche Entwicklung ein. Zugleich ist die heute dominierende Art der Energieerzeugung Ursache zahlloser Probleme – Klimawandel, Tankerunglücke, ungelöste Risiken der Atomkraft, Folgen der Ölkrisen und -kriege. Energie muß dauerhaft verfügbar sein, ihre Nutzung sozial- und umweltverträglich. Vorrangig sind deutliche Effizienzsteigerungen. Die dann noch verbleibende Nachfrage nach Endenergie ist schnellstmöglich durch erneuerbare Energiequellen abzudecken.

INDIKATOR

Anteil des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energiequellen am Gesamtstromverbrauch Hamburgs

Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen steigt – Windkraft, Biomasse und Photovoltaik sei Dank. Inwieweit sich unsere Energieversorgung in Richtung Nachhaltigkeit entwickelt, kann erst dann beantwortet werden, wenn die Menge regenerativ erzeugter Energie im Verhältnis zum Energieverbrauch insgesamt gesehen wird.

ZIELWERTE

2020: Stromverbrauch aus erneuerbaren Energiequellen > 25 %

Erst dann, wenn der gesamte Stromverbrauch aus erneuerbaren Energiequellen gedeckt wird, kann von einer nachhaltigen Versorgung gesprochen werden. In Übereinstimmung mit den Analysen und Empfehlungen der Enquete-Kommission »Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre« des Deutschen Bundestages und einer Machbarkeitsstudie zum ökologisch optimierten Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien sind Zwischenziele abgeleitet worden. Demnach müssen bis 2020 mindestens 25 % des Stromverbrauchs regenerativ erzeugt werden, bis 2050 sind 90 % die Zielvorgabe. Es ist dringend erforderlich, diese enorm wichtigen Daten zu erheben und zur Steuerung einer Vielzahl politischer Entscheidungen zur Verfügung zu stellen.

ENTWICKLUNG, BEWERTUNG

entfallen

NACHHALTIGKEITSZIEL / UMWELT**Arten schützen, Biodiversität erhalten**

Die Vielfalt des Lebens in der Tier- und Pflanzenwelt ist ein besonderes Anliegen der Agenda 21 von Rio. In Deutschland und auch in Hamburg wird die Artenvielfalt bedroht durch die Landwirtschaft und durch Verkehrs- und Baumaßnahmen, die die Lebensräume von Tieren und Pflanzen entweder direkt zerstören oder so einengen oder zerschneiden, dass die dort beheimateten Arten keine ausreichende Lebensgrundlage mehr finden. In Hamburg wurde etwa im Zusammenhang mit der Zuschüttung des Mühlenberger Lochs für die Airbus-Industrie um die Erhaltung seltener und bedrohter Tier- und Pflanzenarten gestritten.

INDIKATOR**(noch) nicht verfügbar**

Die Umweltministerkonferenz hat für die Messung der Artenvielfalt einen Index aus der Bestandsentwicklung von bestimmten Vogelarten beschlossen, die für die unterschiedlichen Landschaftsformen jeweils typisch sind. Dieser Indikator wurde grundsätzlich auch von Hamburg übernommen, ist aber noch nicht umgesetzt.

ZIELWERTE**entfallen**

In Hamburg wurden für die verschiedenen Tier- und Pflanzenarten noch keine stadtweiten Erhebungen durchgeführt. Einzelne lokale Zählungen sind nicht ausreichend. Damit gibt es auch keinen Zeitpunkt für einen Ausgangs-Indexwert 100, an dem sich die weitere Entwicklung orientieren könnte. Hier ist die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt in der Pflicht, die Umsetzung der national beschlossenen Indikatoren voranzutreiben und die benötigten Daten zu veröffentlichen.

ENTWICKLUNG, BEWERTUNG**entfallen**

NACHHALTIGKEITSZIEL / SOZIALES

Armut bekämpfen

Armut ist relativ: Arm ist und fühlt man sich vor allem im Vergleich zu anderen. Große materielle Ungleichheit ist eine Gefahr für den sozialen Frieden. Armut bedeutet zudem ein hohes Risiko für die Zukunftschancen (Bildung, Arbeit, Gesundheit). Zwar tragen arme Menschen durch erzwungenen Konsumverzicht und Gebrauchsgüterkäufe stärker zum Ressourcenschutz und damit zur nachhaltigen Entwicklung bei als reiche. Wertbeständige Güter und nachhaltig erzeugte Lebensmittel sind aber für Arme zu teuer. Armut zu bekämpfen, vor allem aber die Diskrepanz zwischen arm und reich zu verringern, ist deswegen ein anerkanntes Nachhaltigkeitsziel.

INDIKATOR

Anzahl der Empfänger /-innen von Sozialleistungen zum Lebensunterhalt pro 1.000 Einwohner /-innen

In der EU gilt eine Person als arm, wenn sie mit weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens auskommen muss. Diese Werte werden in Hamburg bislang nicht ermittelt. Gut erfasst wird dagegen die Sozialhilfe. »Hilfe zum Lebensunterhalt« setzt »Bedürftigkeit« voraus, welche im Gesetz definiert wird und damit auch an politische Auffassungen angepasst werden kann. Aus der Sozialhilfe ausgegliedert sind ab 1993 die Regelleistungsempfänger /-innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, ab 2003 die Empfänger /-innen von (Alters-)Grundsicherung und ab 2005 die Empfänger /-innen von Arbeitslosengeld II (»Hartz IV«), die bisher Sozialhilfe erhielten. Sie müssen zur Erfassung von Armut mit berücksichtigt werden. Eine Berechnung der Zahlen bezogen auf 1.000 Einwohner /-innen berücksichtigt die Veränderungen bei der Bevölkerungsentwicklung Hamburgs. Stichtag ist jeweils der 31. Dezember. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung geht davon aus, dass auf 3 Sozialhilfebezieher /-innen noch 2 Berechtigte kommen, die ihren Anspruch nicht geltend machen.

ZIELWERTE

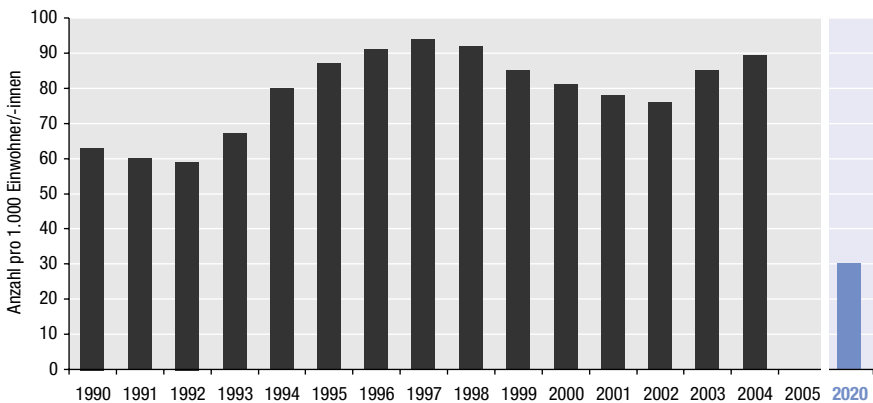
2020: ≤ 30 Empfänger /-innen pro 1000 Einwohner /-innen

Nachhaltigkeitsziel kann nur die Abschaffung von Armut im Sinne der internationalen Definition sein. Soweit »Bedürftigkeit« für staatliche Sozialleistungen diese Definition nicht unterschreitet, sollte 2020 – als Zwischenziel – ein Anteil von 3 % der Bevölkerung nicht mehr überschritten werden, der

Sozialleistungen bezieht. Dieser Wert wurde abgeleitet aus einer Arbeitslosenquote von 3 %, die noch als »Vollbeschäftigung« gilt. Beschäftigung beugt Bedürftigkeit (auch von Familienmitgliedern) in der Regel vor.

ENTWICKLUNG

Empfänger /-innen von Sozialleistungen zum Lebensunterhalt pro 1.000 Einwohner /-innen



Quelle: Statistikamt Nord ■ Empfänger /-innen von Sozialleistungen

BEWERTUNG



Die Entwicklung des Sozialleistungsbezuges entspricht der Arbeitslosenkurve – verzögert um ein Jahr. Der Kampf gegen die Armut in Hamburg war in den letzten 12 Jahren erfolglos: Zwar verringerten sich die Werte 1998-2002; der Rückgang im Jahr 2002 liegt aber nur an einem starken Rückgang der Asylbewerberzahlen. 2003 und 2004 stiegen die Zahlen der Menschen wieder sprunghaft an, die Sozialhilfe und Grundsicherung zum Lebensunterhalt erhielten. Der Zielwert für 2020, der bereits von 1970 bis 1981 durchgehend unterschritten wurde, ist in weite Ferne gerückt, die Gesamtbewertung (Trend und Niveau) deswegen deutlich negativ.

NACHHALTIGKEITSZIEL / SOZIALES

Bildung als Entwicklungsvoraussetzung fördern

Bildung ist zum einen die individuelle Voraussetzung, um persönliche Zukunftschancen und soziale Teilhabe wahrzunehmen. Zum anderen entscheidet das Bildungsniveau einer Gesellschaft über ihre Fähigkeit, regionale und globale Probleme der Zukunft zu bewältigen und notwendige Strukturveränderungen umzusetzen. Die Agenda 21 von Rio überträgt der schulischen und außerschulischen Bildung eine wichtige Rolle dabei, die Konsum- und Lebensstile auf die Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung hin umzuorientieren. Wie wichtig das ist, zeigt nicht zuletzt die von der UNO ausgerichtete Dekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung«.

INDIKATOR

Anteil der Schulabgänger /-innen allgemeinbildender Schulen ohne Abschluss an der Anzahl aller Schulabgänger /-innen in %

Schulabschlüsse sind formale Mindestvoraussetzungen für eine zukunftsfähige Bildung junger Menschen und einer ganzen Gesellschaft. Besonders im Hinblick auf die soziale Dimension von Nachhaltigkeit ist deswegen der Anteil der jungen Menschen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, ein – negativer – Indikator für das (Nicht-)Erreichen des Nachhaltigkeitsziels Bildung. Eine Bildung für nachhaltige Entwicklung muss allerdings zusätzlich auch möglichst viele Menschen zu besonderen, überdurchschnittlichen Leistungen befähigen.

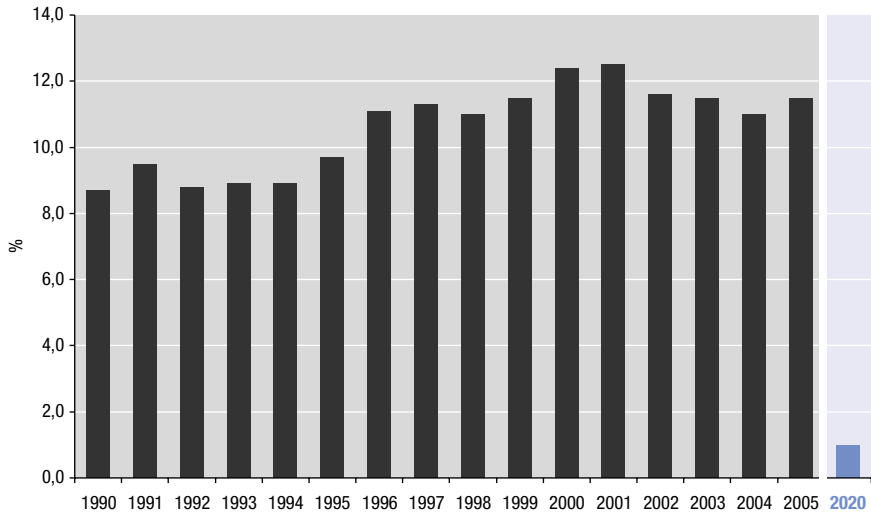
ZIELWERTE

2020: Schulabgänger /-innen ohne Abschluss \leq 1 %

Grundsätzlich erstrebenswert ist hier sicherlich eine Quote von 0 %. Sofern jedoch akzeptiert wird, dass nie alle die Schule mit einem qualifizierenden Abschluss verlassen können, sofern dieser etwas Wert sein soll, kann eine relativ kleine Quote von 1 % Schulabgänger /-innen ohne Abschluss zur Abdeckung von Unwägbarkeiten als nachhaltig angenommen werden. Dieses Ziel ist spätestens 2020 zu erreichen.

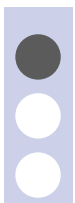
ENTWICKLUNG

Anteil der Schulabgänger /-innen allgemeinbildender Schulen ohne Abschluss an der Anzahl aller Schulabgänger /-innen



Quelle: Statistikamt Nord ■ Schulabgänger /-innen ohne Abschluss

BEWERTUNG



Die Zahl der Schulabgänger /-innen ohne Abschluss ist im betrachteten Zeitraum deutlich angestiegen und hat sich auf Werte zwischen 11 und 12 % eingependelt. Wie der Indikator »Ausländische Schulabgänger /-innen ohne Abschluss« zeigt, liegt dies auch, aber nicht nur an den ausländischen Schülerinnen und Schülern. Wegen der gleichzeitigen hohen Arbeitslosigkeit bedeutet diese Entwicklung ein hohes Potential für persönliche Armut und Perspektivlosigkeit sowie soziale Konflikte. Dies ist in hohem Maße nicht nachhaltig.

NACHHALTIGKEITSZIEL / SOZIALES

Gesundheitsniveau heben

Gesundheit ist Lebensqualität für die gegenwärtige Generation und Basis für die Fähigkeit der Nachkommen, die Zukunft zu meistern. Die Agenda 21 von Rio betont die Wechselwirkung zwischen Gesundheit und Entwicklung: Armut in den Entwicklungsländern, aber auch einseitiger, übermäßiger Lebens- und Genussmittelkonsum ohne ausreichende Bewegung in den Industrieländern gefährden eine nachhaltige gesunde Entwicklung.

INDIKATOR

Anzahl der Verstorbenen unter 65 Jahren pro 100.000 Einwohner /-innen

Wer heute in Deutschland in einem Alter unter 65 Jahren stirbt, ist fast immer Opfer einer Krankheit. Die Sterblichkeit unter 65 Jahren gilt damit – in den Industrieländern – als guter Überblick über das Gesundheitsniveau einer Gesellschaft. Der Bezug auf je 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner berücksichtigt die Veränderungen bei der Bevölkerungsentwicklung. Die Werte sind – wie in der Epidemiologie üblich – an der Europabevölkerung standardisiert, um Verzerrungen wegen der Altersstruktur in Hamburg zu vermeiden und damit Vergleiche mit anderen Regionen zu ermöglichen. Keine Aussagen trifft der Indikator zum Zusammenhang zwischen Morbidität und Mortalität (Krankheit und Sterblichkeit), zu Ursachen der – vorzeitigen – Sterblichkeit und zur Verbreitung von nicht tödlichen chronischen Krankheiten.

ZIELWERTE

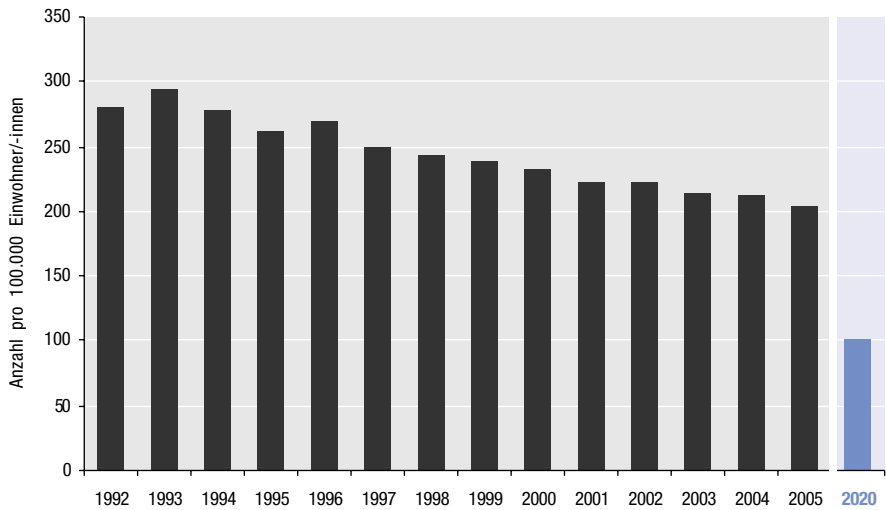
2020: ≤ 100 Verstorbene unter 65 Jahren pro 100.000 Einwohner /-innen

Ein hohes Maß an Gesundheit ist nachhaltig. Krankheitsbedingte Todesfälle bei Personen unter 65 Jahren sind daher weitgehend zu vermeiden. Da sich aber nicht alle Todesfälle durch eine optimale Gesundheitsvorsorge verhindern lassen (Unfall, Tötung), kann als Nachhaltigkeitszielwert für das Gesundheitsniveau nur ein Wert von (wenig) über 0 Verstorbenen angenommen werden.

Als Etappenziel für 2020 ist eine weitere Abnahme der vorzeitigen Sterblichkeit auf höchstens 100 Verstorbene unter 65 Jahren pro 100.000 anzusetzen – als Ergebnis des medizinischen Fortschritts und einer gesünderen Lebensweise der Bevölkerung. Diese Zahl entspricht – ganz grob – einer Fortschreibung der Entwicklung zwischen 1993 und 2003.

ENTWICKLUNG

Verstorbene unter 65 Jahren pro 100.000 Einwohner /-innen



Quelle: Behörde für Wissenschaft und Gesundheit

■ vorzeitige Sterblichkeit < 65 Jahre

BEWERTUNG



In den letzten 12 Jahren ist in Hamburg die Anzahl der Personen, die vor Erreichen des 65. Lebensjahres verstarben, fast kontinuierlich um zusammen fast 34 % gesunken. Diese Tendenz ist positiv und zeugt von einer Steigerung des Gesundheitsbewusstseins und der medizinischen Versorgung insgesamt. Zumindest im globalen Vergleich ist auch das Niveau der vorzeitigen Sterblichkeit niedrig, also im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung positiv. Die Sorgen von Sozialmedizinern z.B. über die steigende Übergewichtigkeit und die Zunahme von Brustkrebs in Hamburg hat sich bislang nicht erkennbar auf die allgemeine Sterblichkeitsstatistik ausgewirkt.

NACHHALTIGKEITSZIEL / SOZIALES

Öffentliche Sicherheit stärken

Ähnlich wie Gesundheit und Bildung ist öffentliche Sicherheit eine Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Besonders deutlich wird dies, wenn sie fehlt: Wo der Staat die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger nicht garantieren kann, herrschen Angst, Willkür und soziale Ungerechtigkeit. Zwar beeinflussen Medien und Politik zuweilen gezielt das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung, letztlich bleiben jedoch die objektive Sicherheitslage und ihre Veränderungen entscheidend für die Fähigkeit und Freiheit, die Zukunft gerecht und nachhaltig zu gestalten.

INDIKATOR

Anzahl der Straftaten pro 1.000 Einwohner /-innen

Kriminalität hat viele Facetten. Das Sicherheitsgefühl wird besonders durch öffentliche- und Gewaltstraftaten geprägt. Für das soziale Gleichgewicht und das Vertrauen in die staatliche Garantiefunktion sind jedoch auch weniger »öffentlichkeitswirksame« Delikte wie Diebstahl, Korruption, Wirtschafts- und Vermögensvergehen wichtig. Der Indikator »Anzahl der Straftaten je 1.000 Einwohner /-innen« gibt die Gesamtentwicklung wieder und berücksichtigt die Bevölkerungsentwicklung. Die Anteile der besonders häufigen Diebstahlsdelikte und der besonders heftig diskutierten Gewaltdelikte sind gesondert ausgewiesen. Zu den Gewaltdelikten gehören Tötungsdelikte, Raub, gefährliche Körperverletzung, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung.

ZIELWERTE

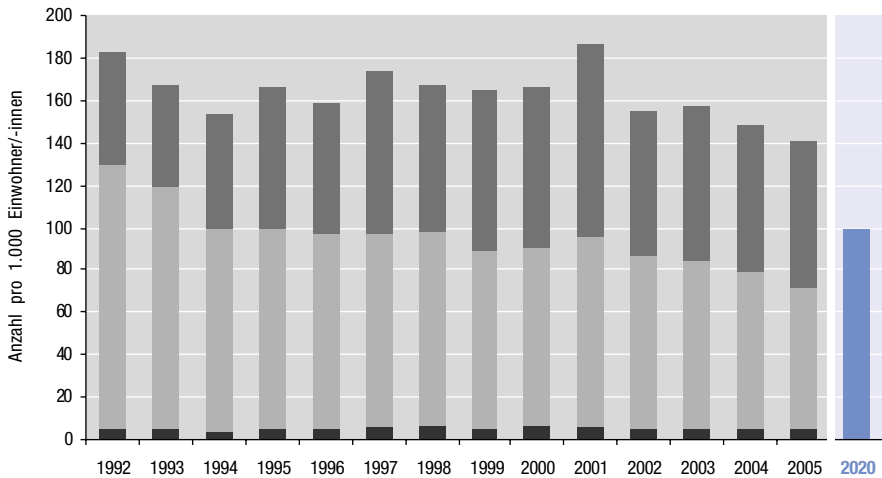
2020: ≤ 100 Straftaten pro 1.000 Einwohner /-innen

Keine Straftat in einem demokratischen Rechtsstaat ist nachhaltig.

Dennoch kann angesichts der unterschiedlichsten Persönlichkeitsentwicklungen von über 1,7 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern jedenfalls mittelfristig nicht von einer Abschaffung der Kriminalität ausgegangen werden. Das Zwischenziel von 100 Straftaten je 1.000 Einwohner für 2020 ist orientiert an Werten von sichereren Großstädten wie München und Stuttgart und an einer deutlichen Verbesserung für die Zukunft.

ENTWICKLUNG

Straftaten pro 1.000 Einwohner /-innen



Quelle: Statistikamt Nord

- Gewaltdelikte je 1.000 Einwohner /-innen
- Diebstähle je 1.000 Einwohner /-innen
- sonstige Straftaten je 1.000 Einwohner /-innen
- Summe aller Straftaten je 1.000 Einwohner /-innen

BEWERTUNG



Die Kriminalitätsentwicklung der letzten 13 Jahre ist geprägt von einem Auf und Ab in einer mittleren Bandbreite; seit 2002 lässt sich eine stetige Verbesserung feststellen, die 2005 zum bisherigen Minimum führte. (Es gibt allerdings eine politische Diskussion über Änderungen der Erhebungsmodalitäten, die auch die Statistik beeinflussen.) Die Diebstahlsdelikte sind in den letzten 13 Jahren deutlich von 125 (1992) auf 67 (2005) pro 1.000 Einwohner /-innen zurückgegangen, die Gewaltdelikte bei 5 oder 6 pro 1.000 Einwohner /-innen im Wesentlichen gleich geblieben. Verglichen mit anderen deutschen Metropolen liegt Hamburg allerdings immer noch im oberen Bereich (Stuttgart: 105, München: 91; Frankfurt: 181 Straftaten – jeweils 2004 –; Berlin: 150 – 2005). Der Trend in Hamburg ist positiv, das Sicherheitsniveau ist insgesamt aber noch zu niedrig.

NACHHALTIGKEITSZIEL / SOZIALES

Soziale Integration in der Stadt fördern

In jeder Metropole droht eine Entmischung: Reiche Familien ziehen in »gute« Stadtteile, arme – darunter häufig ausländische – Familien zwangsläufig in »billige« Quartiere. Dieser Trend verstärkt sich leicht selbst und führt im Extrem zur Gettobildung. Soziale Konflikte, ungleiche Bildungs- und Gesundheitschancen, Sicherheitsprobleme in den armen Stadtteilen sind oft die Folgen. Eine Entwicklung zur Nachhaltigkeit muss dies vermeiden und eine soziale Durchmischung in den Stadtteilen und ein solidarisches Miteinander fördern.

INDIKATOR

Verhältnis der 10 Stadtteile mit den höchsten zu den 10 Stadtteilen mit den niedrigsten Quoten von: 1. Arbeitslosen, 2. Sozialhilfeempfänger /-innen

Als Indikator legen wir die Arbeitslosenquote (hier: Anteil an der Zahl der 15-65-Jährigen) und den Anteil der Sozialhilfeempfänger /-innen an der Bevölkerungszahl in den einzelnen Stadtteilen zugrunde. Beide Indikatoren überschneiden sich bei den Sozialhilfe beziehenden Arbeitslosen, ergänzen sich aber im übrigen: Die Sozialhilfe beziehenden Kinder, Erwerbsunfähigen und Rentner werden von der Arbeitslosenquote nicht erfasst, die Bezieher /-innen von Arbeitslosenhilfe (bis 2005) nicht von der Sozialhilfestatistik. Beide Bevölkerungskreise müssen als arm angesehen werden. Aus Gründen einer angemessenen Gewichtung haben wir von den 103 Stadtteilen die 11 mit unter 1.000 Einwohner/-innen herausgerechnet, dann von den 10 Stadtteilen mit den höchsten und den niedrigsten Quoten jeweils eine Durchschnittsquote gebildet und erstere durch letztere geteilt. Das Ergebnis zeigt den Abstand zwischen den armen und den reichen Stadtteilen über die Jahre: je höher die Zahl, desto größer der Abstand.

ZIELWERTE

2020: 1. Verhältnis der Arbeitslosenquoten 1:2

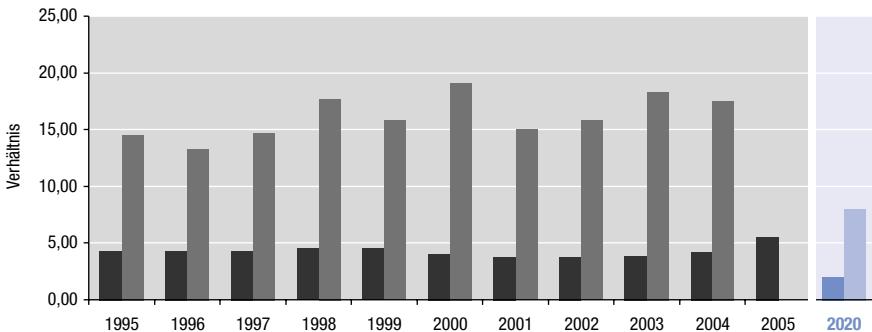
2. Verhältnis der Sozialhilfeempfängerquoten 1:8

Nur eine niedrige Quote ist Ausdruck für eine gute Durchmischung sozialer Schichten in den Stadtteilen. Da dies ein langwieriger Prozess ist, haben wir als ehrgeizigen Zwischenwert für 2020 ein Verhältnis von maximal 1:2 bei der Arbeitslosenquote und 1:8 bei der Sozialhilfeempfängerquote

angesetzt. Im Ergebnis bedeutet dies ungefähr eine Halbierung des derzeitigen sozialen Abstandes zwischen reichen und armen Stadtteilen. Bei der Sozialhilfequote (1:8) bleibt immer noch eine sehr hohe Diskrepanz.

ENTWICKLUNG

Verhältnis der 10 Stadtteile mit den höchsten und niedrigsten Quoten von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern



Quelle: Statistikamt Nord

- Verhältnis 10 Stadtteile mit höchsten zu 10 Stadtteilen mit niedrigsten Arbeitslosenquoten
- Verhältnis Sozialhilfeempfängerquoten

BEWERTUNG



Der Abstand zwischen den 10 Stadtteilen mit den geringsten und den 10 Stadtteilen mit den höchsten Arbeitslosenquoten war 1998 und 1999 mit 1:4,5 besonders groß. Nach Verbesserungen 2001 / 2002 vergrößert sich der Abstand seit 2003 wieder; 2005 sprunghaft. Letzteres hängt allerdings auch mit der statistischen Herausnahme der erwerbsfähigen Arbeitslosen (»Hartz IV«) aus der Sozialhilfe 2005 zusammen. 2004 steht erstmals einer Verringerung der Arbeitslosenquote in den reicheren Stadtteilen eine Verschlechterung der Quote in den armen Stadtteilen gegenüber. Letzteres gilt besonders für die Stadtteile Wilhelmsburg, Kleiner Grasbrook und Harburg. Die Sozialhilfeempfängerquote der ärmsten Stadtteile verbesserte sich seit dem Höchststand 1997, steigt aber seit 2000 wieder kontinuierlich an. Die Quote der reicheren Stadtteile bleibt dagegen auf dem niedrigen Stand von unter 1 % seit 1998. Auch hier steht 2003 einer Erhöhung der Quote in den ohnehin schon ärmsten Stadtteilen eine Senkung der Quote in den reichsten Stadtteilen gegenüber.

NACHHALTIGKEITSZIEL / SOZIALES

Integration von Ausländern / Ausländerinnen fördern

Bei einem Anteil von über 15 % sind die Menschen mit ausländischer Herkunft ein wichtiger Teil der Hamburger Bevölkerung. Andere Traditionen, Religionen und kulturelle Hintergründe treffen vielfach auf Vorurteile und auf Furcht vor Überfremdung und Nachteilen. Dies führt leicht zu Diskriminierung, sozialen Konflikten und einem Auseinanderdriften der Bevölkerungsgruppen. Eine nachhaltige Entwicklung muss dem entgegenwirken und auf Integration, gegenseitiges Verständnis und Toleranz setzen. Angesichts der demografischen Entwicklung der Deutschen ist unsere Gesellschaft auf Immigration angewiesen, die ohne gegenseitige Integration riskant bleibt und nicht zukunftsfähig ist.

INDIKATOR

Anteil ausländischer Schulabgänger /-innen ohne Schulabschluss in %

Langfristige und stabile Integration muss vor allem bei Kindern und Jugendlichen ansetzen. Der Schulerfolg ist dafür nach vielen Beobachtungen ein guter Maßstab: Ohne Grundbildung ist die Teilhabe an der Mehrheitsgesellschaft unmöglich und soziale Ausgrenzung wahrscheinlich. Gemessen wird der Anteil der Schulabgänger /-innen ohne Abschluss an allen ausländischen Schulabgängerinnen und Schulabgängern. Durch die gesetzlichen Erleichterungen der Einbürgerung in den vergangenen Jahren verlieren die Statistiken über »Ausländer« bzw. »Nicht-Deutsche« allerdings zunehmend an Trennschärfe. Helfen kann hier der allgemeine »Bildungsindikator«.

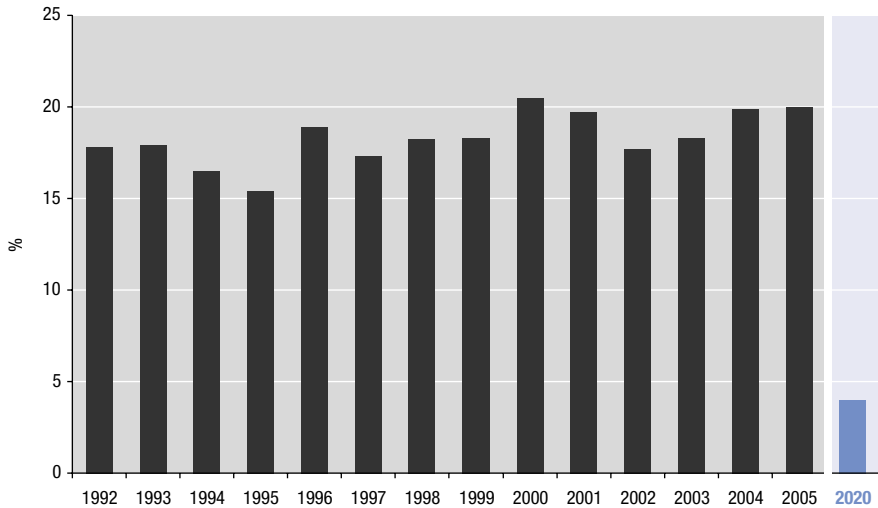
ZIELWERTE

2020: ≤ 4 % ausländischer Schulabgänger /-innen ohne Schulabschluss

Nachhaltigkeit ist erst dann erreicht, wenn alle ausländischen Kinder zumindest einen Hauptschulabschluss schaffen können. Migrantenfamilien haben jedoch gegenüber Deutschen ungleich schwierigere sprachliche und kulturelle Bedingungen für den Schulbesuch. Dies gilt besonders für ältere Kinder von Asylbewerbern, die nicht hier aufgewachsen sind. Deswegen erscheint ein Zwischenzielwert von 4 % von ausländischen Schulabgängerinnen und -abgängern ohne Abschluss durchaus ehrgeizig, aber bis 2020 erreichbar. Die Bundesregierung strebt diesen Wert ebenfalls bis 2020 für deutsche und ausländische Schulentlassene an.

ENTWICKLUNG

Ausländische Schulabgänger /-innen ohne Schulabschluss



Quelle: Statistikamt Nord ■ Anteil ausländischer Schulabgänger /-innen ohne Schulabschluss

BEWERTUNG



Der Anteil der erfolglosen ausländischen Schulbesucher /-innen in Hamburg stieg zunächst von 1995 bis 2000 und dann – nach einer zwischenzeitlichen Verbesserung – ab 2003 wieder auf einen Wert um 20 %. Im Bundesvergleich ist diese Quote sehr hoch. Die Integration von weiteren nahezu 600 ausländischen Jugendlichen in das offizielle Erwerbsleben (2004) ist damit gefährdet. Damit werden ihre Abhängigkeit von Sozialtransferleistungen sowie Konflikte mit den Strafgesetzen wahrscheinlicher. Hier bedarf es eines erheblichen staatlichen wie gesellschaftlichen Einsatzes, um konsequent auf einen Nachhaltigkeitspfad zu gelangen. Derzeit fällt die Gesamtbewertung für die Ausländerintegration deutlich negativ aus.

NACHHALTIGKEITSZIEL / SOZIALES

Gleichstellung von Mann und Frau fördern

Rechtlich sind Mann und Frau heute gleichgestellt. Die tatsächlichen gesellschaftlichen Teilhabechancen entsprechen dem jedoch noch nicht. Erst wenn Männer und Frauen auch mit Kindern weitgehend gleiche Verdienst- und Karrierechancen haben und ihre Rollen in der Familie frei wählen können, ist soziale Nachhaltigkeit in dieser Beziehung erreicht.

INDIKATOR

- 1. Verhältnis der durchschnittlichen Bruttoverdienste von Männern / Frauen**
- 2. Anzahl der abgelehnten Anträge auf geförderten Kinderbetreuungsplatz**

Maßstab für gleiche Erwerbschancen von Männern und Frauen sind die jeweiligen Bruttoverdienste. Teilt man die durchschnittlichen Bruttoverdienste der Männer durch die der Frauen, so zeigen Werte über 1 an, dass und wie viel die Männer anteilig mehr verdienen als die Frauen.

Erst wenn die tatsächliche Nachfrage der Eltern nach einem ausreichenden Kinderbetreuungsplatz mit dem zur Verfügung gestellten Angebot übereinstimmt, ist die Voraussetzung für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegeben. Dabei darf der verbleibende finanzielle Eigenanteil der Eltern nicht abschreckend wirken. Daten zu diesem Indikator sind derzeit noch nicht verfügbar. Bis dahin wird hilfsweise der Versorgungsgrad (Anteil der Plätze an der Gesamtzahl der Kinder einer Altersgruppe) als Indikator herangezogen – hier ausgewählt: die Ganztagesbetreuung von 3-6jährigen Kindern.

ZIELWERTE

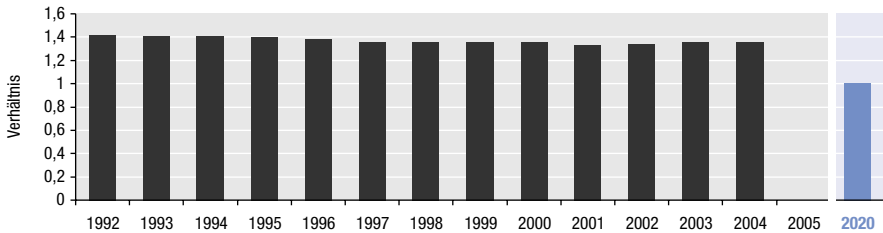
- 2020:**
- 1. 1:1 (gleiche Bruttoverdienste)**
 - 2. Keine abgelehnten Anträge**

Nachhaltig ist nur ein Zustand, in dem die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen für Frauen und Männer gleich gut sind. Dazu gehört die Überwindung der Ungleichbehandlung bei der Zuweisung von Tätigkeiten und der Entlohnung gleicher Arbeit. Deshalb ist das Verhältnis der durchschnittlichen Bruttoverdienste von Frauen und Männern auszugleichen (1:1).

Gleichstellung darf die Frage der Kinderbetreuung nicht ausnehmen. Der Staat muss beiden Elternteilen die Chance bieten, sich zwischen Kinderbetreuung und Beruf entscheiden zu können. Das setzt voraus, dass er ein ausreichend großes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen bereit hält. Kein Wunsch auf einen Betreuungsplatz soll durch zu hohe Kosten unterdrückt oder abgelehnt werden.

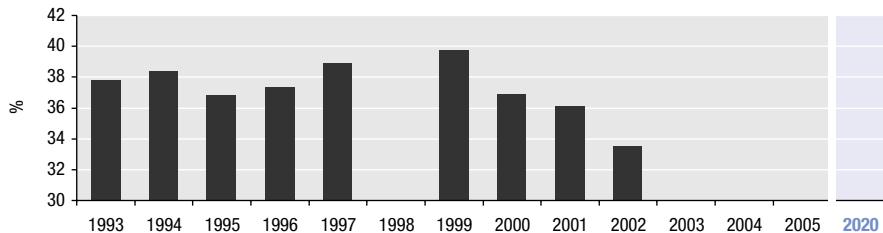
ENTWICKLUNG

1. Verhältnis der durchschnittlichen Bruttoverdienste von Männern zu Frauen



Quelle: Statistikamt Nord ■ Verhältnis Bruttomonatsverdienst Männer / Frauen

2. Versorgung mit Ganztagesplätzen für Kinder von 3 - 6 Jahren



Quelle: Behörde für Bildung und Sport ■ Ganztagsbetreuungsangebote % der Altersgruppe 3-6 Jahre

BEWERTUNG



Die Entwicklung beider Indikatoren ist unterschiedlich. Die Bruttoverdienste von Männern und Frauen glichen sich bis 2001 kontinuierlich an, ohne schon ein befriedigendes Niveau zu erreichen. 2002 und 2003 wuchsen die Unterschiede wieder – eine bedenkliche Trendwende.

Der Versorgungsgrad mit Ganztagsbetreuungsplätzen für 3-6-Jährige stieg zwischen 1993 und 1999 zunächst an, verringerte sich dann aber in den Jahren ab 2000 wieder auf 33,5 % im Jahr 2002. Nach Einführung des Anspruchs auf einen Kindergartenplatz wird zunehmend die Nicht-Anmeldung oder Abmeldung von Kindern aus finanziellen Gründen zum Problem. Wegen der Trendverschlechterungen bei beiden Indikatoren und des unbefriedigenden bzw. unklaren Niveaus kann eine Gesamtbewertung der Gleichstellungsentwicklung nur negativ ausfallen.

NACHHALTIGKEITSZIEL / SOZIALES

Ausgewogene Altersstruktur der Bevölkerung

Nachhaltige Entwicklung bedeutet eine gerechte Chancen- und Risikoverteilung zwischen den gegenwärtigen und zukünftigen Generationen, zwischen den Jungen und den Alten. Es geht allein um das ausgewogene Verhältnis der Altersanteile zueinander, nicht um eine hohe Einwohnerzahl insgesamt. Prekär wird dieses Verhältnis bei starkem Geburtenrückgang und/oder deutlicher Anhebung der Lebenserwartung.

INDIKATOR

Zahlenverhältnis der unter 18-Jährigen zur Bevölkerung über dem Renteneintrittsalter (zur Zeit: der über 65-Jährigen)

Die Definition von jung und alt ist willkürlich und gesellschaftlich einem Wandel unterzogen. Daher werden hier – nicht zuletzt aus Gründen der Verfügbarkeit von Daten der amtlichen Statistik – zur Beurteilung einer ausgewogenen Altersstruktur die Grenzen zur Zeit bei 18 und 65 Jahren gezogen. Sie stehen für die Segmente vor und nach dem Erwerbsleben. Angesichts der gegenwärtigen Lebenserwartung von über 80 Jahren stellen sie ähnlich lange Lebensabschnitte dar. Bei weiter steigender Lebenserwartung ist für eine ausgewogene Altersstruktur dieser Segmente ggf. die Altersgrenze der älteren Menschen (analog zum künftigen Renteneintrittsalter?) anzuheben.

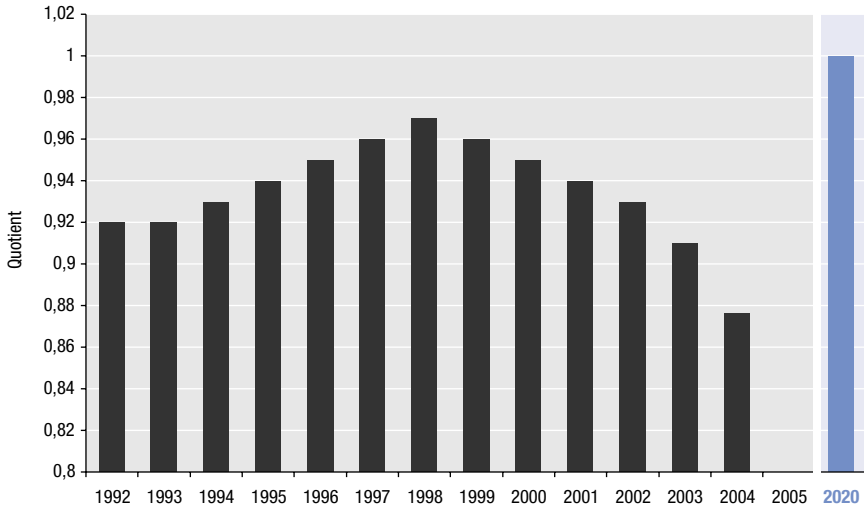
ZIELWERTE

2020: Quotient = 1 (gleiche Personenzahl in beiden Altersgruppen)

Eine ausgewogene Altersstruktur ist in einer reifen Gesellschaft dann gegeben, wenn das Verhältnis junger und alter Menschen ausgeglichen ist. Bei Quotienten über 1 wächst die Bevölkerung, da die Gruppe der unter 18-Jährigen relativ groß ist. Ein Quotient unter 1 zeigt eine problematische Überalterung der Bevölkerung an – je nach Stärke der Erwerbstätigengeneration möglicherweise mit langfristigen Folgen für die Alters- und Gesundheitsversorgung. Der Ausgleich muss schnell gelingen – bis spätestens 2020.

ENTWICKLUNG

Zahlenverhältnis der unter 18-Jährigen zur Bevölkerung über dem Renteneintrittsalter (zur Zeit der über 65-Jährigen)



Quelle: Statistikamt Nord ■ Verhältnis der unter 18-Jährigen zu über 65-Jährigen

BEWERTUNG



Die zur Gegenüberstellung ausgewählten Alterssegmente zeigen die Trendwende zur demografischen Überalterung Hamburgs ab 1998, deutlich verschärft seit 2003. Die jahrgangsbezogene Altersgliederung der Hamburger Bevölkerung macht darüber hinaus deutlich, dass sich dieser Trend in 20-30 Jahren dramatisch verstärken wird, mit einem vorläufigen Höhepunkt der Unausgewogenheit ca. 2030. Im Jahr 2003 steht die Anzahl der 1-Jährigen (die 2030 18 Jahre alt werden, sind noch nicht geboren) einer mehr als doppelt so großen Anzahl von 40-Jährigen gegenüber, die 2030 das Rentenalter erreichen. Damit sind erhebliche soziale und fiskalische Verwerfungen vorprogrammiert, auf die bereits heute reagiert werden muss. Nachhaltigkeit im Sinne einer ausgewogenen Erhaltung von Entwicklungsoptionen auch für die kommende Generation droht weit verfehlt zu werden.

NACHHALTIGKEITSZIEL / SOZIALES

Globale Nachhaltigkeit, Nord-Süd-Ausgleich fördern

»Global denken – lokal handeln«. Spätestens seit der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio muss Nachhaltigkeit global verstanden werden. Sie ist ohne einen gerechten Ausgleich zwischen Nord und Süd, zwischen reichen und armen Regionen der Welt nicht möglich. Neben den Welthandelsbedingungen weist die Agenda 21 von Rio der Entwicklungszusammenarbeit daher eine große Bedeutung zu. Seit Jahren verpflichtet sich Deutschland, den Anteil der Entwicklungszusammenarbeit am Bruttosozialprodukt auf 0,7 % anzuheben; bis 2006 strebt die Bundesregierung jetzt nur 0,33 % an. Die Weltstadt Hamburg als Hafen und Welthandelsmetropole hat für einen fairen Ausgleich eine ganz besondere Verantwortung.

INDIKATOR

nicht verfügbar

Ein zielsicherer Indikator, um zu messen, ob Hamburg einen nachhaltigen Nord-Süd-Ausgleich fördert, ist kaum zu identifizieren. Der bisher genutzte Indikator »staatliche Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit« ermöglicht keine Aussage, bei welchem Wert der Zielzustand Nachhaltigkeit erreicht wäre. Letztlich muss es Nachhaltigkeitsziel sein, die heute armen Regionen durch faire Handelsbedingungen zu befähigen, langfristig ohne Entwicklungshilfeleistungen aus den Industrieländern eine sozial- und umweltgerechte Wirtschaftsentwicklung nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Die Entwicklungszusammenarbeit wird nicht zuletzt aus den Ländern des Südens als Alibi oder »Werbegeschenk« für ungerechte Handels- und Investitionsstrukturen kritisiert, mit denen die Industriestaaten die eigene Wirtschaft vor billigen Importen schützen und zugleich den freien Zugang zu den Ressourcen der Entwicklungsländer erzwingen.

ZIELWERTE, ENTWICKLUNG, BEWERTUNG

entfallen

Vor allem die Frage, wann ein nachhaltiger Nord-Süd-Ausgleich mit Mitteln der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit erreicht ist, war nicht zu beantworten und zeigte die Unzulänglichkeit des bisherigen Indikators.

NACHHALTIGKEITSZIEL / SOZIALES

Kultur fördern

Kultur gibt dem Selbst-Bewusstsein, der Befindlichkeit einer Gesellschaft oder Gruppe Ausdruck. Sie stiftet Identität und ist Produkt der Zeit. Sie ist Bindeglied und Kommunikationsmedium zwischen unterschiedlichen Kreisen und Bereichen der Gesellschaft. Auch provoziert Kultur und fördert Debatten über Selbstverständnis und Zukunft. Kultur kann damit wichtige Beiträge und Anstöße zur Nachhaltigkeit liefern. Zugleich können kulturelle Äußerungen und Moden durchaus einer nachhaltigen Entwicklung zuwider laufen, z.B. indem sie Ressourcenverschwendung oder unproduktive soziale Konflikte fördern.

INDIKATOR

nicht verfügbar

Kultur entzieht sich einer eindeutigen Definition und ist als solche nicht auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Es lässt sich kein Indikator finden, der nur »nachhaltige Kultur« misst und damit als Nachhaltigkeitsindikator richtungssicher ist. Den bisher verwandten Indikator »Kulturetat pro Einwohner/-in« geben wir deswegen auf. Er stellte ausschließlich das finanzielle Engagement des Staates für Kultur im Allgemeinen dar, ohne auf Inhalte Bezug zu nehmen.

ZIELWERTE, ENTWICKLUNG, BEWERTUNG

entfallen

MITTEL ZUR ERREICHUNG VON NACHHALTIGKEITZIELEN

Politische Mitwirkung

Themen der nachhaltigen Entwicklung als politischer Grundentscheidung bedürfen eines andauernden und breiten gesellschaftlichen Dialoges. Politikverdrossenheit und ein Rückzug ins Private überlassen dagegen die gesellschaftspolitischen Richtungs- und Zukunftsentscheidungen einer kleinen Anzahl von Berufspolitikern. Aktive politische Teilhabe ist deswegen auch ein Mittel, Nachhaltigkeitsziele zu befördern.

INDIKATOR

Wahlbeteiligung bei Bürgerschaftswahlen in %

1. insgesamt
2. der 18-24-Jährigen

Die Beteiligung an den Bürgerschaftswahlen spiegelt die Bereitschaft zu politischer Mitwirkung. Interessant ist insbesondere die Wahlbeteiligung der jüngsten Wählergruppe. Als (formaler) Beteiligungsindikator sagt der Grad der politischen Mitwirkung nichts aus über die inhaltliche Ausrichtung.

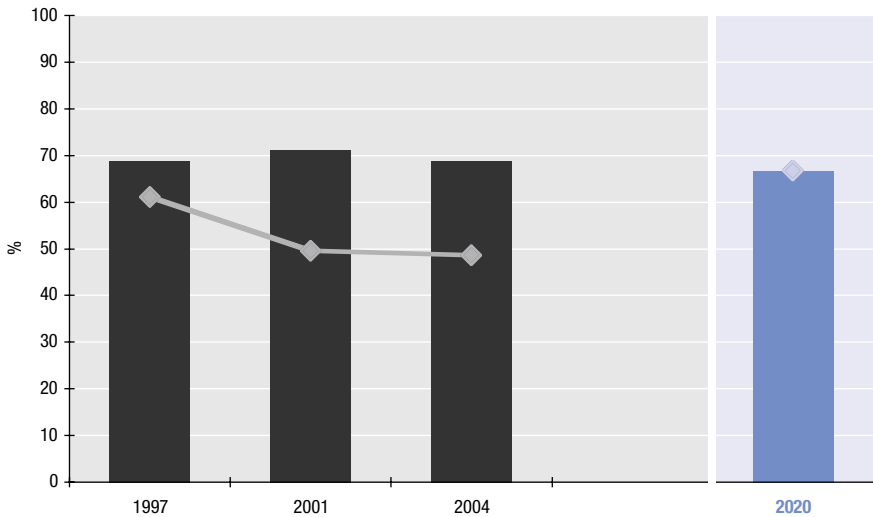
ZIELWERTE

2020: Wahlbeteiligung > 66,6 % für 1. und 2.

Eine Zwei-Drittel-Beteiligung bei den für Hamburg entscheidenden Wahlen erscheint das Minimum, um eine gesellschaftlich tragfähige Legitimation der Gewählten sicher zu stellen. Dies muss im Interesse der Zukunftsfähigkeit der Stadt auch für die Jungwählerinnen und -wähler gelten.

ENTWICKLUNG

Wahlbeteiligung bei Bürgerschaftswahlen



Quelle: Statistikamt Nord ■ Wahlbeteiligung bei Bürgerschaftswahlen ■ Wahlbeteiligung der 18-25 Jährigen

BEWERTUNG



Die politische Mitwirkung der Hamburger /-innen hat in den letzten 13 Jahren nicht zugenommen. Die Mindestmarke von 66,6 % insgesamt wurde bei den letzten 4 Bürgerschaftswahlen zwar gut erreicht. Die Wahlbeteiligung der Jungwähler /-innen blieb jedoch immer unter der Zwei-Drittel-Marke; bei den letzten Wahlen sank sie auf unter 50 %. Die damit ausgedrückte Politikverdrossenheit ist ein Alarmzeichen für das politische System.

5. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Hamburg ist von einer nachhaltigen Entwicklung weit entfernt.

Dies mag überraschen, haben doch das Leitbild »Wachsende Stadt« und der »Sprung über die Elbe« eine Aufbruchstimmung erzeugt und Projekte wie Hafencity, Airbus 380 und Elbphilharmonie bei vielen das Vertrauen in eine große Zukunft der Hansestadt geweckt.

Zukunftsfähigkeit im Sinne von Nachhaltigkeit hat jedoch eine tiefere und längerfristige Perspektive. Es geht um Gerechtigkeit und Chancengleichheit zwischen den heutigen und zukünftigen Generationen, zwischen reichen und armen Weltregionen und Bevölkerungsgruppen. Die dargestellten 30 Nachhaltigkeitsziele dokumentieren diesen Anspruch, der die aktuelle Lebensqualität für die Bevölkerung in Hamburg umfasst und zugleich über sie hinaus weist.

Danach steht die Zukunftsfähigkeit Hamburgs in Frage: Tatsächlich gibt es nur zwei Bereiche, bei denen die Indikatoren eine deutlich positive Perspektive beschreiben: die Preisstabilität (HEINZ 2) und das Gesundheitsniveau (HEINZ 23).

Der neue Ansatz, den heutigen Stand an einem Endzustand für Nachhaltigkeit zu messen, hat Folgen für die Bewertung der Entwicklung der letzten Jahre: Ist der aktuell gemessene Entwicklungsstand sehr weit von den Zielwerten entfernt und eine Zielerreichung im Betrachtungszeitraum unwahrscheinlich, so ist dies selbst dann nicht nachhaltig, wenn die letzten Jahre einen positiven Trend zeigen. Dies trifft für den Konsum von fair gehandelten Produkten (HEINZ 5) und für die zunehmende Anzahl der Unternehmen mit Umweltmanagementprogrammen (HEINZ 6) zu.

Schließlich führte auch der notwendige Austausch einzelner Indikatoren zu einer ungünstigeren Bewertung der Entwicklung: die Natura 2000-Flächen (HEINZ 16), der neue Mobilitätsindikator CO₂-Emissionen im Verkehr (HEINZ 18) und der Vergleich der Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger-Quoten zur Bewertung der sozialen Stadtteile-Integration (HEINZ 25).

Die Überprüfung der Ziele und Indikatoren auf ihre Richtungssicherheit in Bezug zur Nachhaltigkeit hatte weitere Konsequenzen: Sie führte bei der **wirtschaftlichen Dimension** zu Umformulierungen von Zielen; in vier Fällen mussten bislang verwendete Indikatoren ersatzlos gestrichen werden. Dies betrifft vor allem die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und deren übliche Messgröße – das Bruttoinlandsprodukt (HEINZ 9).

Hier zeigt sich ein grundsätzlicher Dissens zum Monitoring des Leitbilds »Wachsende Stadt«: Das vom Senat propagierte *qualitative* Wachstum kann nicht durch die quantitative Zunahme des Wirtschaftswachstums (BIP), der Beschäftigung oder der Einwohnerzahlen gemessen werden. Diese vom Senat beschlossenen Hauptindikatoren sagen nichts darüber aus, ob deren Zunahme möglicherweise durch negative Entwicklungen in den Dimensionen Umwelt, Soziales oder Wirtschaft erkaufte, also ein *qualitatives* Wachstum gerade verfehlt wurde.

Die Ergebnisse von HEINZ 2006 legen dies nahe – soweit das angestrebte überdurchschnittliche (quantitative) Wachstum überhaupt erreicht wurde. Die Umweltqualität entwickelte sich in den letzten Jahren überwiegend in die richtige Richtung (Abfall, Wasser, Fluglärm), beim Abfall und Fluglärm änderte sich dies allerdings 2005 wieder. Der Flächenverbrauch nimmt weiter zu. Die CO₂-Werte sind

viel zu hoch und auch noch so alt, dass damit auf diesem international bedeutsamen Handlungsfeld keine wirkungsvolle Steuerung politischer Entscheidungen möglich ist. Das erfreuliche Engagement einzelner Unternehmen für Umweltprogramme (HEINZ 6) blieb in der Wirtschaft insgesamt gesehen ebenso marginal wie die Bereitschaft einiger Hamburgerinnen und Hamburger, ihren Warmwasserbedarf (teilweise) mit Solarthermie zu decken (HEINZ 7).

Besonders negativ sieht die Entwicklung im **sozialen Bereich** aus: Nur die kontinuierliche Anhebung des Gesundheitsniveaus (HEINZ 23) ist positiv. Die Werte für die öffentliche Sicherheit (HEINZ 24) bleiben trotz Verbesserungen zu weit entfernt vom Nachhaltigkeitsziel. In vielen Bereichen haben sich die Werte gerade in den letzten Jahren verschlechtert. Das gilt für die Arbeitslosenquote (HEINZ 1), für die Anzahl der Sozialleistungsempfänger /-innen (HEINZ 21), für die 2005 wieder gestiegenen Schulabbrecherzahlen (HEINZ 22), für die soziale Integration der Stadtteile (HEINZ 25), für die ausländischen Schulabbrecher /-innen (HEINZ 26). Die rapide Verschlechterung der Altersstruktur der Hamburger Bevölkerung (HEINZ 28) wird steigende Ansprüche an den öffentlichen Haushalt der Hansestadt stellen, der erst 2005 eine positive Entwicklung aufweist (HEINZ 3). Die jährlichen Ausgaben von über einer Milliarde Euro nur für den Schuldendienst fehlen für dringende Verbesserungen und Vorsorgemaßnahmen im sozialen Bereich.

Aus diesem Befund leitet der Zukunftsrat Hamburg folgende **Forderungen** an die Politik ab:

- Die Generationengerechtigkeit gebietet die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen einschließlich eines realen Schuldenabbaus. Hamburg sollte sich für eine Steuerreform einsetzen, die auch den Bundesländern und Kommunen verlässliche und ausreichende Einnahmen für die öffentlichen Aufgaben sichert.
- Weitere Verschlechterungen im Sozialbereich sind kontraproduktiv. Entscheidungen in anderen Ressorts wie der Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Steuer- und Abgabepolitik müssen dies berücksichtigen. Hier sind Mittel für eine zukunftsgerichtete Sozial-, Integrations- und Stadtteil-Politik frei zu machen.
- Die immer neuen Ideen von städtebaulichen Großprojekten mit erheblichen staatlichen Belastungen müssen durch eine langfristige haushälterische Investitionspolitik ersetzt werden. Als Grundlage dafür sollte ein »Bürgerhaushalt« eingeführt werden (Beteiligung der Bevölkerung an der Prioritätensetzung nach dem Vorbild der brasilianischen Millionenstadt Porto Alegre).
- Die langfristige demografische Entwicklung fordert eine Politik des sehr zurückhaltenden Flächenverbrauchs, der Förderung von Familiengründungen (z.B. Kinderbetreuung) und einer Vorsorge für die Anforderungen einer Seniorengesellschaft.
- Die drohenden Klimagefahren durch CO₂-Emissionen, aber auch die absehbare Erschöpfung der fossilen Ressourcen gebieten einen Politikwechsel hin zu Energieeinsparung, regenerativen Energien, Ressourceneffizienz und nichtmotorisierten Mobilitätsformen.

6. DIE NACHHALTIGKEITS-AMPEL

Die Nachhaltigkeits-Ampel auf der gegenüberliegenden Seite gibt einen Überblick über die Bereiche, deren Abstand zu den Nachhaltigkeitszielwerten noch viel zu groß ist bzw. deren Entwicklungstrend gestoppt werden muss (rot), deren unklare Entwicklung besondere Aufmerksamkeit verdient (gelb), oder deren Trend und Nachhaltigkeitsniveau »im grünen Bereich« liegen.

Hinweis

Die statistischen Werte, die den Grafiken zugrunde liegen, können einer Excel-Tabelle entnommen werden, die der Zukunftsrat Hamburg auf seiner Homepage (www.zukunftsrat.de) veröffentlicht.

HEINZ 2006: DIE NACHHALTIGKEITS-AMPEL



- Wirtschaft**
- zu hohe Arbeitslosigkeit in Hamburg
 - zu hohe Staatsverschuldung, zu viele Steuergelder für Schuldzinsen
 - zu wenige Unternehmen, die Umweltprogramme nutzen
-
- Umwelt**
- hohe CO₂-Emissionen verhindern Klimaschutz
 - zu wenig Naturschutzflächen (Natura 2000) viel zu spät gemeldet
-
- Soziales**
- immer mehr Menschen auf Sozialleistungen angewiesen
 - zu hoher Anteil an Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen
 - fortschreitende soziale Aufspaltung Hamburgs in arme und reiche Stadtteile (an den Beispielen Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe)
 - sinkende Integrationschancen ausländischer Mitbürger /-innen (am Beispiel Schulabschluss)
 - Rückschläge für die Gleichstellung von Frauen und Männern (am Beispiel der Durchschnittsverdienste)
 - zunehmend problematische Überalterung der Bevölkerung
-



- Wirtschaft**
- unnötig hoher Import von Lebensmitteln, die auch regional reichlich vorhanden sind (am Beispiel Äpfel)
 - leichte Zunahme des fairen Handels (am Beispiel Transfair-Kaffee) auf niedrigem Niveau
 - wenig Interesse an nachhaltigen Produkten (am Beispiel Solaranlagen)
-
- Umwelt**
- hohes Abfallaufkommen geht kaum zurück
 - gesundheitsschädliche Luftbelastung kann reduziert werden
 - hohe Flächeninanspruchnahme bzw. Bodenversiegelung für Siedlung und Verkehr, Tendenz zur Zeit nicht abschätzbar
 - Wassergüte verbesserungsbedürftig, Wasserverbrauch in Hamburg relativ niedrig
 - Fluglärm nimmt wieder zu
 - rückläufige Umweltbelastungen durch Verkehr (am Beispiel CO₂)
-
- Soziales**
- weniger, aber im Bundesdurchschnitt zu viele Straftaten
-



- Wirtschaft**
- nahezu Preisstabilität durch relativ geringen Anstieg der Lebenshaltungskosten
-
- Soziales**
- Rückgang der Sterblichkeit unter 65 Jahren durch gute medizinische Versorgung

www.zukunftsrat.de

Gefördert durch die Norddeutsche Stiftung für Umwelt
und Entwicklung aus Mitteln der Bingo Umweltlotterie

